

Der Donbas-Konflikt

Gegensätzliche Interessen und Erzählungen, schwieriger Friedensprozess

SWP Research Paper 2019 / RP 05, April 2019, 35 Seiten

doi: 10.18449 / 2019RP05

Probleme:

[PDF](#)

[Völkerrecht](#) , [Bürgerkriege](#) , [regionale und zwischenstaatliche Konflikte](#) , [Verteidigungs- und Sicherheitspolitik / Streitkräfte](#) , [Außenpolitik eines Landes / einer Region](#) , [Staat und Gesellschaft eines Landes / einer Region](#) , [Verteidigungs- und Sicherheitspolitik / Streitkräfte eines Landes / einer Region](#) , [Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa](#) , [Minderheiten](#) ([Herunterladen](#))

| 1,0 MB [Herunterladen \(EPUB\)](#)

| 1,1 MB [Herunterladen \(Kindle / Mobi\)](#)

| 4,6 MB *Dr. Sabine Fischer ist Senior Fellow im Bereich Osteuropa und Eurasien bei SWP. Derzeit ist sie beurlaubt und arbeitet in Moskau im EU-finanzierten Projekt „Public Diplomacy: EU and Russia“.*

Als Reaktion auf den ukrainischen „Euromaidan“ annektierte Russland 2014 die Krim und provozierte einen Krieg in der Ostukraine. Der daraus resultierende Konflikt fordert bis heute Leben. Deutschland und seine westlichen Partner versuchen seit fünf Jahren, den Konflikt politisch zu lösen, ohne Erfolg. Die Waffenstillstandsabkommen von Minsk von 2014 und 2015 wurden noch nicht umgesetzt.

Alle direkt beteiligten Akteure tragen Verantwortung. Die separatistischen „Volksrepubliken“ in Donezk und Luhansk haben diktatorische staatsähnliche Strukturen aufgebaut, sind aber weiterhin fast vollständig von Moskau abhängig. Russland weigert sich, seine Rolle als Konfliktpartei anzuerkennen. Die Ukraine hat einige ihrer Verpflichtungen aus den Minsker Abkommen erfüllt, andere jedoch vernachlässigt. Die Situation wird durch die negative Dynamik auf allen Ebenen verschärft. Kiew und die „Volksrepubliken“ driften stetig auseinander, während Millionen, die entlang der Kontaktlinie leben, schreckliches humanitäres Leid erfahren. Dies droht in den vom Konflikt betroffenen Regionen zu dauernder Armut und Unterentwicklung zu führen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten verfolgen eine Arbeitsteilung. Brüssel hält an unionsweiten Sanktionen gegen Russland fest und treibt die Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine voran. Deutschland und Frankreich führen Friedensgespräche im sogenannten Normandie-Format. Alle Konfliktparteien müssen daran erinnert werden, Eskalationsrisiken zu vermeiden. Viel mehr Aufmerksamkeit muss der lokalen Ebene und insbesondere der humanitären Krise gewidmet werden. Maßnahmen auf dieser Ebene sind nur begrenzt möglich, aber für Fortschritte in Richtung Frieden unerlässlich.

Inhaltsverzeichnis

[Der Donbas-Konflikt](#)

[1 Probleme und Empfehlungen](#)

[2 Der Donbas-Konflikt: Ursprung, Zeitleiste, internationale Reaktionen](#)

[2.1 Zeitleiste: Eskalation, Internationalisierung, Isolation](#)

[2.2 Friedensverhandlungen und Minsker Abkommen](#)

[3 Die Volksrepubliken Donezk und Luhansk - autonome Schauspieler oder russische Marionetten?](#)

[3.1 Gewalttätige Machtkämpfe](#)

[3.2 Errichtung quasi-staatlicher Institutionen](#)

[3.3 Konjunkturabschwung und Abhängigkeit von Russland](#)

- 4 Ukraine: Zwischen Vernachlässigung und Umsetzung der Minsker Abkommen
 - 4.1 Streit um die Minsker Verträge
 - 4.2 Umsetzung der Minsker Abkommen
- 5 Russland: Kontrollierte Destabilisierung mit revisionistischen Mitteln
 - 5.1 Elemente der russischen Donbass-Politik
- 6 Die humanitäre Situation in der Konfliktzone
 - 6.1 Binnenvertriebene und Rentner
 - 6.2 Leben in der Grauzone und in den NGCAs
 - 6.3 Zugang zur humanitären Hilfe
- 7 Konfliktynamik und Hindernisse für den Frieden
- 8 Schlussfolgerungen und Empfehlungen: Optionen für Deutschland und die Europäische Union
- 10 Abkürzungen

Probleme und Empfehlungen

Der Donbas-Konflikt: Gegensätzliche Erzählungen und Interessen, schwieriger Friedensprozess

Als Reaktion auf den ukrainischen „Euromaidan“ annektierte Russland 2014 die Krim und provozierte einen Krieg in der Ostukraine. Der daraus resultierende bewaffnete Konflikt fordert bis heute Leben. Deutschland und seine westlichen Partner versuchen seit fünf Jahren, durch Verhandlungen eine politische Lösung herbeizuführen. Grundlage für ihre Bemühungen sind die Minsker Abkommen von 2014 und 2015, in denen die Modalitäten für einen dauerhaften Waffenstillstand und die Wiedereingliederung der umstrittenen Gebiete in die Ukraine festgelegt sind. Die Voraussetzungen für die Umsetzung der Abkommen - und damit für den Frieden in der Ostukraine - verschlechtern sich jedoch stetig, wie die Eskalation im November 2018 in der Straße von Kertsch zeigt.

Alle Akteure tragen Verantwortung. Die separatistischen „Volksrepubliken“ in Donezk und Luhansk haben diktatorische staatsähnliche Strukturen geschaffen, die an sich den Minsker Vereinbarungen widersprechen. Sie sind politisch und wirtschaftlich von Russland abhängig und praktisch nicht in der Lage, eigenständig zu handeln. Die Ukraine hat einige ihrer Verpflichtungen erfüllt, andere jedoch vernachlässigt. Die Minsker Abkommen sind in der Ukraine sehr umstritten, wo viele Politiker davor warnen, dass ihre Umsetzung den russischen Einfluss auf die inneren Angelegenheiten und die Außenpolitik der Ukraine festigen würde. In der ukrainischen Politik besteht eine starke Tendenz zur Isolierung der Konfliktzonen. Die für 2019 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen werden die interne Debatte weiter schärfen. Obwohl sich Moskau weigert, seine Rolle als Konfliktpartei anzuerkennen, kontrolliert die Volksrepubliken militärisch, politisch und wirtschaftlich, um den Einfluss in der Ukraine zu sichern. Zwar hält der Kreml an den Minsker Vereinbarungen fest (und unterdrückt abweichende Initiativen in den Volksrepubliken und in Russland), doch trägt er wenig dazu bei, deren Umsetzung voranzutreiben. Alle Konfliktparteien verletzen regelmäßig die Sicherheitsbestimmungen von Minsk, wenn sie militärische Errungenschaften entlang der Kontaktlinie anstreben.

Der Konflikt ist auf allen Ebenen von negativer Dynamik geprägt. Kiew und die „Volksrepubliken“ wachsen stetig auseinander. Ein Faktor, der dazu beiträgt, ist die humanitäre Krise in der Konfliktregion, der die ukrainische Führung nicht wirksam begegnet ist. Die zunehmende Isolation der umstrittenen Gebiete erhöht ihre Abhängigkeit von Russland. Die Ukraine und Russland haben einen extrem schnellen Prozess der Entfremdung erlebt. Sie vertreten sich gegenseitig ausschließende Erzählungen. Kiew betrachtet die Annexion der Krim und den Konflikt im Donbass als Elemente eines russischen Angriffskrieges. Russland und die Separatisten in den umstrittenen Gebieten bestehen darauf, dass der Donbas-Konflikt ein Bürgerkrieg mit ethnopolitischem Hintergrund ist. Diese Erzählungen lassen weder Gemeinsamkeiten noch Kompromisse zu. Die Beziehungen Russlands zu den konfliktrelevanten westlichen Akteuren - der Europäischen Union, der NATO und den Vereinigten Staaten - haben sich drastisch verschlechtert und der Lösung weitere Hindernisse hinzugefügt. Die

verschiedenen Dimensionen des Konflikts sind eng miteinander verzahnt, und die Hindernisse für den Frieden verstärken sich gegenseitig. Unter diesen Umständen sind kaum Fortschritte zu erzielen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten verfolgen eine Arbeitsteilung im Konflikt. Berlin und Paris spielen eine zentrale Rolle im sogenannten Normandie-Format, das nach wie vor der wichtigste politische Verhandlungspfad ist. Im Jahr 2014 verhängte die Europäische Union Sanktionen gegen Russland als Reaktion auf die Annexion der Krim und den Krieg auf dem Donbass. Ansonsten konzentriert es sich auf die Umsetzung des Assoziierungsabkommens EU-Ukraine. Berlin und Brüssel haben nur begrenzten Einfluss auf die genannten Hindernisse für den Frieden im Donbass. Dies gilt insbesondere für die Volksrepubliken, zu denen die Europäische Union keine Beziehungen unterhält, und für Russland, wo die Beziehungen zusammengebrochen sind. Die Ukraine hat sich für eine Assoziation mit der EU entschieden und ist offener für Argumente aus Berlin und Brüssel als Russland. Aber die interne ukrainische Politik erschwert oft die Kommunikation. Ein weiterer relevanter Faktor für Deutschland und Europa ist, dass die USA zu einem weniger verlässlichen Partner im Friedensprozess geworden sind. Washington teilt immer noch das zentrale Ziel der westlichen Politik, nämlich die Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Da sich Trump und der Kongress jedoch in unterschiedliche Richtungen bewegen, ist die US-Politik in Bezug auf Minsk und Sanktionen zunehmend einer Volatilität ausgesetzt.

Ich danke meinen Interviewpartnern für das entgegengebrachte Vertrauen. Ohne ihre Einsichten wäre diese Studie niemals entstanden. Für wertvolle und inspirierende Kommentare und Rückmeldungen zu früheren Versionen des Manuskripts möchte ich mich bei Muriel Asseburg, Volker Perthes, der Abteilung Osteuropa und Eurasien und insbesondere bei Susan Stewart und Steffen Halling bedanken. Mein Dank gilt schließlich auch Julia Mierau und Anastasia Vishnevskaya-Mann für ihre unermüdliche Unterstützung bei der Sammlung und Verarbeitung der Forschungsmaterialien.

Der Donbas-Konflikt: Ursprung, Zeitleiste, internationale Reaktionen

Die umstrittenen Gebiete in der Ostukraine umfassen Teile der Verwaltungsregionen Donezk und Luhansk (*oblasti*). ¹ Umgangssprachlich wird die Region als „Donbas“ bezeichnet, ² ein Portmanteau des „Donetskyi Basein“ (Donez-Becken), das sich auf das ressourcenreiche Einzugsgebiet des Siverskyi Donets bezieht, das sich über eine Breite von etwa fünfhundert Kilometern zwischen den Becken erstreckt der Flüsse Dnipro und Don in der Ukraine bzw. Russland. Das Donez-Becken umfasst insgesamt etwa 60.000 Quadratkilometer und macht 9 Prozent des Territoriums der Ukraine aus. ³ Die Gesamtlänge der russischen Grenze zu den Verwaltungsgebieten Donezk und Luhansk beträgt etwa 920 Kilometer, von denen derzeit etwa 410 Kilometer außerhalb der Kontrolle des ukrainischen Staates liegen. Die Grenzregion ist eine flache Steppe ohne natürliche Barrieren wie Flüsse oder Gebirgsketten. Stellenweise ist die Grenze nicht einmal konsequent abgegrenzt. ⁴

Historisch gesehen war die Region peripher und dünn besiedelt, und erst im späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert, als ihre reichen Ressourcen im Zuge der Industrialisierung relevant wurden, wurde sie bekannt. Der Bergbau und die damit verbundenen Industrien, insbesondere während der Sowjetzeit, schufen eine spezifische Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur. Bis heute ist der Donbass die am stärksten verstädterte Region der Ukraine (mit 20 Prozent der städtischen Siedlungen des Landes) und hat einen hohen Anteil an russisch- und russischsprachigen Einwohnern mit vergleichsweise starken Beziehungen zu Russland und der ehemaligen Sowjetunion. Untersuchungen zur Zeit seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 zeigen jedoch eine zunehmende Identifikation mit der Donbass-Region und auch mit dem ukrainischen Staat. ⁵ Vor Ausbruch des Krieges im Frühjahr 2014 machte der Donbass rund 16 Prozent der gesamten ukrainischen Bevölkerung aus - aber nur 8,4 Prozent des BIP des Landes. ⁶ Immer veraltete Maschinen und Anlagen und Mangel an Investitionen in die Modernisierung führten ab den neunziger Jahren zu einem stetigen Rückgang der Wirtschaft in der Region, was zu einem Nettoverlust an Einwohnern im erwerbsfähigen Alter führte.

Zeitleiste: Eskalation, Internationalisierung, Isolation



Der Donbass war nach der Annexion der Krim der zweite Territorialkonflikt, der die Ukraine nach dem Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch am 21. Februar 2014 im Zuge des sogenannten Euromaidan traf. ⁷ Wie auf der Krim kam es auch in den östlichen Regionen der Ukraine zu Demonstrationen und gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern der Euromaidan. Diese Proteste betrafen zunächst einen großen Teil des Südostens der Ukraine, der sich von Odessa über Mariupol am Asowschen Meer bis nach Donezk und Luhansk erstreckte. Besonders berüchtigt war der Tod in Odessa am 2. Mai 2014, als 42 Gegner von Euromaidan in einem brennenden Gebäude ihr Leben ließen. ⁸ Aufständische besetzten Regierungsgebäude in vielen Städten und übernahmen die Kontrolle über wichtige Verkehrsknotenpunkte und Grenzübergänge nach Russland. Während die separatistischen Milizen die Kontrolle über wichtige regionale Zentren wie Charkiw, Odessa und Mariupol nicht erlangten, gelang es ihnen, mehrere Monate lang andere Städte westlich von Donezk und Luhansk wie Kramatorsk und Sloviansk zu halten. ⁹

Die Separatisten erklärten im April 2014 die Volksrepubliken Donezk und Luhansk und veranstalteten am 11. Mai Referenden in beiden Gebieten. Aufgrund der unregelmäßigen Umstände wurden die Stimmen international nicht anerkannt. Nach Angaben der Veranstalter stimmten mehr als 90 Prozent der Teilnehmer für die Gründung der Volksrepubliken. ¹⁰

Kiew war in den ersten Kriegsmonaten völlig überfordert, und die Rebellen genossen einen militärischen Vorteil. Die ukrainische Interimsregierung leitete im April eine „Anti-Terror-Operation“ gegen die Separatisten ein, erlitt jedoch zunächst schwere Verluste. In dieser Zeit fanden immer mehr Kämpfer und schwere Waffen ihren Weg über die russisch-ukrainische Grenze in das Kriegsgebiet. Im Laufe der Zeit gelang es der Ukraine jedoch, sich militärisch neu zu gruppieren und Territorium von den Separatisten zurückzugewinnen. Am 17. Juli 2014 wurde ein malaysischer Passagierjet (Flug MH17) von einer russischen Buk-Flugabwehrrakete abgeschossen, wobei alle 298 Personen an Bord getötet wurden. Die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und die NATO betrachteten dies als Beweis für die Beteiligung Russlands am Krieg und verschärften ihre Sanktionen. ¹¹ Im August 2014, als die Separatisten trotz russischer Unterstützung mit einer militärischen Niederlage konfrontiert waren, griffen russische Truppen aktiv in die Kämpfe ein und brachten den Ukrainern bei Ilovaik eine schwere Niederlage zu. ¹² Die internationale Vermittlung nach dem Krieg führte zum ersten Waffenstillstandsabkommen, dem Minsker Protokoll, das am 5. September in der belarussischen Hauptstadt unterzeichnet wurde (siehe Seite ¹²). Nach einer erneuten Eskalation zu Beginn des Jahres

2015 wurde am 12. Februar 2015 ein Paket von dreizehn Maßnahmen zur Umsetzung des Minsker Protokolls vereinbart. ¹³

In den Jahren 2014 und 2015 gab es die schlimmsten konfliktbedingten Verluste. Bis November 2015 meldeten die Vereinten Nationen 9.100 Tote und 20.700 Verletzte. ¹⁴ Seit 2016 liegt die jährliche Zahl der Todesopfer bei 500 bis 600. Trotz regelmäßiger Ausweitung des Waffenstillstands bleibt die Lage entlang der Kontaktlinie instabil, da beide Seiten versuchen, an Boden zu gewinnen und die Linie zu ihren Gunsten zu verschieben. Im Gegensatz zu den Konflikten in Transnistrien, Abchasien oder Südossetien kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht von einem stabilen militärischen Status quo gesprochen werden. ¹⁵

Dieser Punkt wird durch die Eskalation in der Straße von Kertsch veranschaulicht. Am 25. November 2018 feuerten Patrouillenschiffe der russischen Küstenwache auf zwei ukrainische Artillerie-Boote und einen Schlepper, der versucht hatte, auf dem Weg von Odessa nach Mariupol in das Asowsche Meer zu gelangen. Einige ukrainische Seeleute wurden schwer verletzt. Die Besatzungen wurden festgenommen und in das Moskauer Lefortovo-Gefängnis gebracht. Als Antwort auf den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko verhängte dreißig Tage lang ein Kriegsrecht in den an Russland und die Krim angrenzenden Gebieten und forderte die sofortige Freilassung der inhaftierten Besatzungen. Aus ukrainischer Sicht stellte der Vorfall eine neue Ebene der Aggression dar, die darauf abzielte, das Asowsche Meer unter russische Kontrolle zu bringen - nach Möglichkeit auch seine Nordküste, um den Donbass mit der Krim zu verbinden. Russland behauptete seinerseits, die ukrainischen Schiffe hätten gegen seine „Hoheitsgewässer“ verstoßen.

2017: Kiew verhängt ein wirtschaftliches Embargo gegen Gebiete, die außerhalb seiner Kontrolle liegen.



Die Eskalation von Kertsch war absehbar und in gewissem Sinne eine Folge der Annexion der Krim. Die Situation an der Meerenge hatte sich bereits während des Baus der Kertsch-Brücke (2016–2018)

verschärft, die die Krim mit dem russischen Festland verbindet. Die Brücke schränkt den Zugang zum Asowschen Meer und damit zu den ukrainischen Städten Mariupol und Berdjansk erheblich ein, als solche hat die Ukraine bereits erhebliche wirtschaftliche Verluste erlitten. Die russische Marine hat ihre Präsenz in der Meerenge seit 2017 kontinuierlich ausgebaut und zunehmend invasive Inspektionen an durchfahrenden Schiffen durchgeführt. ¹⁶2014/2015 drängten Donbass-Separatisten und russische Nationalisten auf die Eroberung von Mariupol, was der gegenwärtigen Kontaktlinie sehr nahe kommt, um eine Landbrücke zur Krim zu schaffen. Jetzt hat die Kertsch-Straße-Brücke das Kräfteverhältnis im Asowschen Meer verschoben und eine potenziell explosive Verbindung zwischen der annektierten Krim und den Konfliktgebieten im Donbass hergestellt.

Die Verhängung eines Wirtschaftsembargos durch Kiew für Gebiete außerhalb seiner Kontrolle (nicht staatlich kontrollierte Gebiete, NGCAs) im Frühjahr 2017 war ein wichtiger Wendepunkt. Die Initiative ging von rechten Veteranen und Aktivisten in der Ukraine aus, die gegen den "Bluthandel" mit den NGCAs protestierten, der die separatistischen Regime am Leben hielt. Der Ukrainer Eine Regierung sprach sich zunächst wegen der wirtschaftlichen und humanitären Folgen gegen eine Abschottung der Abbruchgebiete aus, gab aber letztendlich dem Druck nach. Am 15. März 2017 wurde der wirtschaftliche Austausch mit den NGCAs offiziell verboten. Zu Beginn dieses Monats hatten die Machthaber in Donezk und Luhansk 40 Unternehmen, die bisher in den von der Regierung kontrollierten Gebieten (GCAs) registriert waren, unter "vorübergehende externe Verwaltung" gestellt und diese de facto enteignet. ¹⁷ Diese bewegt sich beide Seiten gezwungen, neue Realitäten anzupassen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Ukraine waren weniger gravierend als ursprünglich befürchtet. ¹⁸ Die Industrieproduktion in den NGCAs brach jedoch mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen zusammen. Abgesehen von Schmuggel und Schwarzhandel sind die GCAs und NGCAs heute völlig voneinander isoliert.

Friedensverhandlungen und Minsker Abkommen

Die internationalen Bemühungen, eine weitere Eskalation zu verhindern, begannen im Frühjahr 2014. Im März einigte sich der Ständige Rat der OSZE auf die Entsendung einer *speziellen Überwachungsmission (Special Monitoring Mission, SMM)* in die Ukraine. Die SMM ist eine unbewaffnete zivile Mission, deren Auftrag es ist, die politischen Entwicklungen und die Menschenrechtssituation in der Ukraine insgesamt zu dokumentieren. ¹⁹ Seit September 2014 überwacht die SMM auch die (Nicht-) Einhaltung des Donbas-Waffenstillstands. ²⁰ Die Arbeit der Mission konzentriert sich stark auf die östlichen Regionen. ²¹ Aus einer anfänglichen Stärke von ungefähr einhundert sind mehr als siebenhundert Beobachter aus mehr als vierundvierzig OSZE-Staaten und insgesamt zwölfhundert Mitarbeiter geworden. ²²

Die im Juni 2014 einberufene *Trilaterale Kontaktgruppe (TCG)*, die von der OSZE koordiniert wird und sich aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der Separatisten zusammensetzt, tritt seit September 2014 alle zwei Wochen in Minsk zusammen. Im Mai 2015 wurden vier Arbeitsgruppen zur Strukturierung eingerichtet Die Gespräche: Sicherheit, politisch, wirtschaftlich, humanitär. 2014/2015 koordinierte die Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini die Arbeit der TCG als Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE. Ihr Nachfolger wurde im Sommer 2015 der österreichische Diplomat Martin Sajdik.

Das sogenannte Normandie-Format entstand aus einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Ukraine, Russlands, Frankreichs und Deutschlands im Juni 2014 zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten am D-Day. Die Gespräche wurden auf verschiedenen Ebenen (Außenminister, Staatssekretäre, Berater) fortgesetzt und bildeten den politischen Rahmen für die Gespräche in Minsk im September 2014 und Februar 2015. Im Mai 2015 wurde ein informeller *russisch-amerikanischer Track veröffentlicht*, in dem der stellvertretende US-Außenminister zusammenkam Victoria Nuland und der stellvertretende Außenminister Russlands, Grigory Karasin, wurden Nachfolger des Präsidentenberaters Vladislav Surkov. ²³ Im Juli 2017 übernahm der US-Diplomat Kurt Volker die Verhandlungen für die Trump Administration.

Die *Minsk A* Größesind das wichtigste Ergebnis der bisherigen internationalen Friedensbemühungen. Sie umfassen zwei Dokumente, die im September 2014 und Februar 2015 in Minsk im TCG-Rahmen und mit Unterstützung des Normandy-Formats ausgehandelt wurden. Das Protokoll vom 5. September 2014 sah einen sofortigen Waffenstillstand vor, der von der OSZE überwacht wird. Dezentralisierung in der Ukraine, einschließlich eines Sonderstatusgesetzes für die umstrittenen Gebiete; eine Pufferzone entlang der ukrainisch-russischen Grenze, die von der OSZE überwacht wird; die Freilassung aller Geiseln und illegal inhaftierten Personen; ein ukrainisches Amnestiegesetz; Fortsetzung eines nationalen Dialogs; Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Lage im Donbass; Kommunalwahlen in den umstrittenen Gebieten unter ukrainischer Kontrolle und internationaler Beobachtung; der Abzug illegaler bewaffneter Einheiten aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine; ein Wiederaufbauprogramm für den Donbass; und Garantien der persönlichen Sicherheit für die Teilnehmer an den Gesprächen.²⁴ Das zweite Minsker Dokument vom 12. Februar 2015 (häufig auch als Minsk II bezeichnet) enthielt konkrete Maßnahmen und Schritte zur Umsetzung der Vereinbarungen bis Ende 2015.²⁵

Mit der Unterzeichnung des Minsker Abkommens einigten sich die Separatisten darauf, ihre bewaffneten Einheiten aufzulösen und ihre entstehenden staatsähnlichen Strukturen aufzulösen, um schließlich die schrittweise Wiedereingliederung der Volksrepubliken in den ukrainischen Staat zu ermöglichen. Zusätzlich zur Einhaltung eines Waffenstillstands erklärte sich Kiew bereit, ukrainische Milizen aufzulösen, ein Amnestiegesetz, ein Sonderstatusgesetz und eine Verfassungsänderung zu verabschieden. wieder aufnehmen Sozialleistungen und Rentenzahlungen an Empfänger in den umkämpften Gebieten; und eine Strategie für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu erarbeiten.

Parteien, die sich nicht auf die Reihenfolge der politischen und militärischen Maßnahmen einigen können.

Die Minsker Abkommen behandeln Russland nicht als Konfliktpartei und verpflichten Moskau daher nicht. Selbst Nummer 10 des Protokolls, der den Rückzug aller "illegalen bewaffneten Gruppen und militärischen Ausrüstungen sowie von Kämpfern und Söldnern" vorsieht, bezieht sich nicht direkt auf russische Truppen und Freiwillige. Angesichts der anhaltenden politischen und militärischen Unterstützung Russlands für die Separatisten entsteht ein Ungleichgewicht, das die Umsetzung der Abkommen weiterhin untergräbt.

Trotz intensiver diplomatischer Bemühungen wurde das Minsker Maßnahmenpaket bis Ende 2015 nicht wie geplant umgesetzt, da sich die Parteien nicht auf die Reihenfolge der politischen und militärischen Maßnahmen einigen konnten. Hauptstreitpunkte waren die Modalitäten für die Abhaltung der Wahlen, der Status der umstrittenen Gebiete innerhalb des ukrainischen Staates und der Zeitpunkt für die Rückgabe der vollständigen Kontrolle über die russische Grenze an Kiew. Die Ukraine argumentierte, dass sie die politischen Bedingungen erst erfüllen könne, wenn der Waffenstillstand dauerhaft sei, während Russland und die Separatisten forderten, dass die politischen und sicherheitspolitischen Bestimmungen parallel umgesetzt würden. Im Herbst 2016 verteilte der deutsche Außenminister und amtierende OSZE-Vorsitzende Frank-Walter Steinmeier einen Vorschlag zur Lösung dieser Widersprüche. Die „Steinmeier-Formel“ beschreibt detailliert eine komplexe Abfolge von Truppenabzug und Wahlen in den umstrittenen Gebieten, die zur Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle führen. Gleichzeitig erzielte die TCG eine Einigung über den Rückzug der Kräfte.²⁶ Das Treffen der Staats- und Regierungschefs im Normandie-Format am 19. Oktober 2016 in Berlin einigte sich auf die Ausarbeitung eines Fahrplans für die Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets.

Heute, mehr als zwei Jahre später, sind die Maßnahmen der „Steinmeier-Formel“ noch nicht umgesetzt, noch haben sich die Parteien auf einen Fahrplan geeinigt. Die internationalen Friedensbemühungen erhielten Anfang September 2017 ihren letzten Schub, als Wladimir Putin eine UN-Mission zum Schutz der SMM entlang der Kontaktlinie vorschlug. Petro Poroschenko begrüßte den Positionswechsel in Moskau. Die ukrainische Führung hatte bereits 2015 den Einsatz einer UN-Friedenstruppe vorgeschlagen, die jedoch Zugang zum gesamten umkämpften Gebiet und zur russisch-ukrainischen Grenze hatte. Martin Sajdik, Sonderbeauftragter des amtierenden OSZE-Vorsitzes, schlug auf dem OSZE-Ministerrat in Mailand im Dezember 2018 nach der Eskalation von Kerch eine gemeinsame OSZE

/ UN-Mission vor. ²⁷Sein Diskussionspapier wurde bisher von den Parteien weder angenommen noch abgelehnt. Kiew und Moskau liegen noch zu weit auseinander, als dass ein Kompromiss möglich wäre. ²⁸

Die TCG konzentriert sich auf die konkrete Umsetzung der Minsker Abkommen, die Lage in der Konfliktregion und die Lösung der dortigen unmittelbaren Probleme. Zumindest in den ersten beiden Jahren konnten die wirtschaftlichen und humanitären Arbeitsgruppen nur begrenzte Fortschritte erzielen. Die Arbeitsgruppen Politik und Sicherheit sind festgefahren, vor allem, weil sie sich mit den umstrittensten Fragen von Status und Sicherheit befassen. Ein Teil der Erklärung liegt auch in der Konstellation der beiden Formate. Während die Separatisten in der TCG vertreten sind, haben sie keinen Zugang zum Normandie-Format. Entsprechend den ukrainischen und russischen Wünschen werden politische Fragen im Normandie-Format ohne Beteiligung der Separatisten verhandelt. Moskau besteht jedoch darauf, dass die Ergebnisse von der TCG und damit auch von den Separatisten bestätigt werden.²⁹

Die Volksrepubliken Donezk und Luhansk - autonome Schauspieler oder russische Marionetten?

Die Volksrepubliken Donezk und Luhansk sind sehr neue Einheiten, die unter den Bedingungen anhaltender bewaffneter Konflikte existieren. ³⁰ Dies unterscheidet sie von den abtrünnigen Einheiten in Moldau und im Südkaukasus, die seit Mitte der neunziger Jahre teilweise funktionierende faktische staatliche Strukturen aufgebaut haben. Letztere sind zwar nicht international anerkannt, besitzen jedoch eine gewisse Legitimität in ihrer eigenen Bevölkerung, ³¹ von der die beiden Volksrepubliken Donbas weit entfernt sind. Ihre Entstehung hing viel stärker von einer gezielten russischen Intervention ab als die älteren De-facto-Staaten. Die Donbas-Volksrepubliken sind nicht nur wirtschaftlich vollständig von Russland abhängig, sondern stehen auch unter der direkten politischen Kontrolle Moskaus. ³² An dieser Stelle ist offen, ob sie längerfristig den anderen De-facto-Staaten ähnlicher werden könnten, die anfangs selbst in unterschiedlichem Maße von irregulären Kräften, dezentraler Herrschaft und übermäßiger Gewalt gekennzeichnet waren. ³³

Die Ursprünge der Anti-Maidan-Proteste in der Ostukraine sind nach wie vor umstritten. Einige argumentieren, dass sie von Moskau angestiftet wurden und ohne russische Manipulationen niemals zustande gekommen wären. ³⁴ Andere führen sie auf eine autochthone Bewegung zurück, die ohne russische Aufforderung entstand, aber später russischen Schutz benötigte. ³⁵ Eine andere Denkrichtung sieht erneut russische Einmischung in die Arbeit, räumt jedoch den lokalen Akteuren eine eingeschränkte Autonomie ein. ³⁶ Die Frage nach Ursprung, Motivation und Zielen des Aufstands ist zugleich die Frage, wer die Schuld am Krieg trägt. Die Antwort auf diese Frage bestimmt, welche Wege zur Konfliktlösung plausibel sind. Die folgende Diskussion basiert auf der Einschätzung, dass im Donbass genügend politische Frustration vorhanden war, um in der berausenden Atmosphäre des Frühjahrs 2014 Proteste gegen Kiew auszulösen. Ethnisch motivierter Separatismus konnte jedoch weder vor noch nach Ausbruch der Kämpfe festgestellt werden. ³⁷

Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass russische Akteure frühzeitig eingreifen. Zu den bewaffneten Aufständischen gehörten neben örtlichen Freiwilligen und Mitgliedern lokaler Eliten ³⁸ immer mehr russische Staatsangehörige und Personen mit langjährigem Wohnsitz in Russland. Viele von ihnen hatten in den sowjetischen und / oder russischen Streitkräften und Geheimdiensten gedient, andere hatten enge Beziehungen zu extrem nationalistischen Kreisen in Russland. Kosaken-Einheiten nahmen ebenfalls aktiv an den Kämpfen teil. ³⁹

Gewalttätige Machtkämpfe

Das Entstehen der Volksrepubliken war durch zahlreiche gewaltsame Machtkämpfe gekennzeichnet. Ab Sommer 2014 wurden die radikalsten Befürworter einer weiteren militärischen Expansion nach Russland ins Exil gezwungen, inhaftiert oder ermordet. Dazu gehörten Pavel Gubarev und Igor Girkin (Strelkov) in der Volksrepublik Donezk (DVR) und der Kosakenführer Nikolayi Kosyzin in der Volksrepublik Luhansk (LPR). Alexander Zakharchenko (geb. 1975), ein Geschäftsmann aus Kharkiv und Kommandant der

Oplot Brigade, übernahm die Führung der Republik Donetsk Menschen im August 2014. ⁴⁰ Igor Wenediktowitsch Plotnizki (geb. 1964), einen ehemaligen Soldaten der Roten Armee, die Positionen in verschiedenen ukrainischen gehalten hatte Unternehmen, übernahm das Kommando in Luhansk. ⁴¹ Die Vertreibung der ersten radikaleren Generation von Separatisten beseitigte den Widerstand gegen die Minsker Abkommen vom September 2014 an einem Punkt, an dem Russland unter zunehmendem internationalen Druck Interesse hatte, den Konflikt einzudämmen. Die anfängliche, intensive Phase der „Säuberungen“ dauerte bis zum Sommer 2015 in der DVR und bis 2016 in der LPR, ⁴² mit Machtkämpfen und Attentaten, die in beiden weitergehen. ⁴³ Im November 2017 floh Igor Plotnitsky nach einem internen Machtkampf nach Russland. ⁴⁴ Staatssicherheitsminister Leonid Pasechnik (* 1970) trat die Nachfolge des amtierenden Vorsitzenden der LPR an. Weniger als ein Jahr später, am 30. August 2018, wurde Alexander Zakharchenko in Donezk durch eine Bombe getötet und durch Denis Pushilin (* 1981) ersetzt. Pasechnik und Pushilin wurden bei den am 11. November 2018 abgehaltenen Wahlen im Amt bestätigt. ⁴⁵

Diese jüngsten Ereignisse in beiden Entitäten, insbesondere die Ermordung von Zakharchenko, führten zu umfangreichen Spekulationen. Als Führer der politisch und wirtschaftlich wichtigsten der beiden Volksrepubliken hatte Zakharchenko erheblich mehr Aufmerksamkeit genossen als sein Amtskollege Plotnitsky ⁴⁶, den er regelmäßig ausnutzte, um die Minsker Abkommen öffentlich zu kritisieren und umstrittene Vorschläge zu unterbreiten. Zum Beispiel kündigte er im Juli 2017 - zur Überraschung sowohl des Kremls als auch der LPR-Führung - die Vereinigung der beiden Volksrepubliken an, um „Malorossiya“ (Kleinrussland) zu schaffen. ⁴⁷ Moskau warf der ukrainischen Führung und den Geheimdiensten seinen Mord vor, während Kiew darauf bestand, dass Russland hinter dem Attentat stehe. Andere mögliche Erklärungen für das Verbrechen waren lokale Rivalitäten oder ein „Krieg der Kuratoren“ in Moskau. ⁴⁸ Leonid Pasechnik ist ehemaliges Mitglied der ukrainischen Sicherheitsbehörde SBU. Bis November 2017 war er Verteidigungsminister in der LPR und einer der Hauptkonkurrenten von Plotnitsky. ⁴⁹ Denis Pushilin ist die einzige ostukrainischen separatistischen dessen politische Karriere begann vor 2014 ⁵⁰ Er war 2014 kurzzeitig Staatsoberhaupt der DVR und bis August 2018 Vorsitzender des Volkssowjets. In letzterer Funktion vertrat er die Einheit in der Trilateralen Kontaktgruppe. Er beteiligte sich nicht aktiv an den Kämpfen und gilt als Befürworter der Minsker Vereinbarungen.

Errichtung quasi-staatlicher Institutionen

Obwohl beide Volksrepubliken im Mai 2014 „demokratische Verfassungen“ verabschiedet haben, sind die politischen und sozialen Realitäten sehr unterschiedlich. ⁵¹ In der Tat diktatorische Systeme wurden geschaffen. ⁵² Beide Volksrepubliken gründeten 2014 eine Regierung, andere Verfassungsorgane, Streitkräfte, Sicherheitskräfte, Geheimdienste und Gerichte ⁵³ und hielten ihre ersten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 2. November dieses Jahres ab - unter Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen. Wie bei den Unabhängigkeitsreferenden im Mai 2014 erfüllten weder die Wahlen im November 2014 noch im November 2018 internationale Standards. Sie gingen ohne internationale Beobachter vor und schlossen Binnervertriebene aus, die anderswo lebten. ⁵⁴

Die politischen Institutionen in den Volksrepubliken verfügen über Personal und Internetpräsenzen und führen Informationskampagnen mit unterschiedlicher Reichweite durch. Politische und wirtschaftliche Konflikte werden in der Regel jedoch nicht über diese Institutionen geführt, sondern informell und häufig gewaltsam. Die beiden Parlamente werden von Fraktionen dominiert, die die jeweiligen Machthaber unterstützen. Es gibt keine funktionierende - geschweige denn unabhängige - Justiz, ⁵⁵ Die Medien können nicht frei agieren und kritische Journalisten und Blogger sind Repressionen ausgesetzt. Es gibt keine verlässlichen Umfragedaten zu den politischen Meinungen der jeweiligen Bevölkerung, aber Augenzeugen berichten von Apathie und Rückzug. Das Militär und die Sicherheitskräfte beherbergen Berichten zufolge viele ehemalige Kämpfer, aber auch Personen, die in einer sich sonst verschlechternden wirtschaftlichen Situation nach Einkommen und Chancen suchen. Es wird berichtet, dass sie brutale und willkürliche Gewalt gegen politische Gegner und die breite Bevölkerung ausüben. ⁵⁶ Es gibt zahlreiche Berichte darüber, dass Gefangene ohne Gerichtsverfahren, manchmal jahrelang, festgehalten und in Kellerzellen gefoltert wurden. ⁵⁷

Konjunkturabschwung und Abhängigkeit von Russland

Die Kriegsjahre 2014 und 2015 verursachten auf beiden Seiten der Kontaktlinie einen dramatischen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Ein Großteil der Industrieausrüstung und Infrastruktur in den Kampfgebieten wurde beschädigt, geplündert oder zerstört. Die Lieferketten wurden unterbrochen und der Handel eingestellt. Das Bankensystem brach zusammen und die Region wurde vom internationalen Finanztransaktionssystem abgeschnitten. Schätzungen zufolge schrumpfte die Wirtschaft der Region im Jahr 2014 um etwa zwei Drittel. ⁵⁸ Die Zahlungen für Pensionen und andere Sozialleistungen wurden zum Jahresende eingestellt, was die sozioökonomische Not weiter verschärfte. Nur die überlebenden ukrainischen Unternehmen sorgten weiterhin für eine mehr oder weniger regelmäßige Bezahlung der Löhne und leisteten humanitäre Hilfe.

Im Laufe des Jahres 2015 begann Russland, in beiden Unternehmen Renten, Leistungen und Löhne zu zahlen. Beginn dies nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftskrise in Russland zögerlich, führte es letztendlich zu einer Konsolidierung der neuen Machtstrukturen - und zu deren absoluter wirtschaftlicher Abhängigkeit von Russland. Nach Schätzungen der International Crisis Group belief sich die russische Finanzhilfe für die umstrittenen Teile der Ostukraine im Jahr 2016 auf rund 1 Milliarde US-Dollar. Der russische Anteil an den Budgets der beiden Gebiete belief sich auf 70 bis 90 Prozent.⁵⁹

Die Versuche der Volksrepubliken, in ihrem Hoheitsgebiet tätige Unternehmen zur Zahlung von Steuern zu überreden, waren sehr bescheiden. ⁶⁰ Die meisten Unternehmen blieben auf der von der Ukraine kontrollierten Seite registriert und arbeiteten zunächst über die gesamte Kontaktlinie weiter. ⁶¹ Kiew duldet den Handel mit den Volksrepubliken: ⁶² Obwohl die Ukraine Anthrazit aus der NGCA zunehmend durch Importe aus Südafrika ersetzt, verwendete sie zunächst noch Lieferungen der abtrünnigen Unternehmen zur Stromerzeugung. Die von der Ukraine kontrollierten Gebiete versorgten die (verbleibende) Stahlindustrie in den NGCA weiterhin mit Eisenerz. ⁶³ Die NGCAs erhielten auch weiterhin Strom von den GCAs. Neben erheblichem Schmuggel und Korruption wurden auch andere Produkte gehandelt. Diese Vereinbarung endete abrupt im März 2017, als in Kiew ein wirtschaftliches Embargo gegen die NGCA verhängt wurde. Die Industrieproduktion in den Volksrepubliken brach zusammen, zahlreiche Arbeitskräfte wurden entlassen und die Löhne (wo sie noch gezahlt wurden) um bis zu 50 Prozent gekürzt. ⁶⁴ Die Suche nach neuen Märkten in Russland verlief allenfalls teilweise erfolgreich.

Ukraine: Zwischen Vernachlässigung und Umsetzung der Minsker Abkommen

Kiew glaubt, dass sein Konflikt nicht mit den Herrschern in Donezk und Luhansk, sondern mit Russland ist. In diesem Zusammenhang kann die Bevölkerung der umstrittenen Gebiete leicht in Vergessenheit geraten. Diese Situation erinnert an die Haltung anderer Staaten in der Region, die von der Sezession betroffen waren, insbesondere Georgien in den 2000er Jahren. Petro Poroschenko hat die Minsker Abkommen im September 2014 und Februar 2015 unter großem militärischen Druck gebilligt, aber die Dokumente sind in der Ukraine nach wie vor umstritten. Die Umsetzung - insbesondere der politischen Bestimmungen - ist ins Stocken geraten. Einerseits behaupten viele ukrainische Akteure, die Sicherheitslage in den NGCA sei zu volatil, um Wahlen zuzulassen. Zum anderen sehen sie die Gefahr, dass ein Sonderstatus für die beiden Abspaltungsorgane Moskau ein dauerhaftes Veto gegenüber der Innen- und Außenpolitik der Ukraine einräumt.

In Kiew besteht ein breiter Konsens darüber, dass die Ereignisse auf dem Donbass Teil eines hybriden Krieges Russlands gegen die Ukraine sind. ⁶⁵ In dieser vorherrschenden Interpretation führt Moskau Krieg, um die euro-atlantische Integration der Ukraine zu blockieren und seine eigene Hegemonie über das gesamte Land wiederherzustellen. Aus dieser Perspektive ist der Konflikt im Osten Teil eines existenziellen Kampfes, in dem nur das ukrainische oder das russische Projekt überleben können, aber nicht beide.

In diesem Schema ist der Donbas-Konflikt nur ein Element dieses größeren Krieges. Aus ukrainischer Sicht kann es keine Trennung zwischen den Ereignissen im Osten und der Annexion der Krim geben:

Beide sind Elemente ein und derselben russischen Aggression, die auch andere Merkmale der „hybriden Kriegsführung“ aufweist, wie politischen Einfluss, Cyberangriffe und wirtschaftlicher Druck. Aus dieser Perspektive kann eine Resolution nicht auf den Donbass beschränkt werden, sondern setzt die vollständige Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine voraus. In den Augen der meisten meiner Befragten ist eine Aussöhnung mit Russland weder wahrscheinlich noch möglich. Dementsprechend kann es auf absehbare Zeit keine Alternative zu engen politischen und militärischen Beziehungen zum Westen geben, um Russland einen maximalen Widerstand entgegenzusetzen.

Viele Befragte stellten den russischen Angriff auf die Ukraine auch in einen breiteren internationalen Kontext und bezeichneten ihn als eine von mehreren Dimensionen des Moskauer Krieges gegen die liberale Weltordnung und die westliche Gemeinschaft. Sie betrachten die Ukraine als Teil des Westens und Vorreiter bei der Verteidigung ihrer Werte.

Kiews Donbas-Erzählung konzentriert sich fast ausschließlich auf die geopolitische Ebene und das Verhältnis zu Russland, ohne Raum für eine lokale Konfliktdimension. In diesem Diskurs sind die Separatisten in Donezk und Luhansk keine autonomen Akteure, sondern von Moskau kontrollierte Marionetten. Kiew betrachtet sie als Kriminelle und Terroristen, die nicht legitimiert werden dürfen, indem sie als Konfliktpartei behandelt werden.

Das Fehlen einer lokalen Dimension bei der Interpretation des Konflikts in Kiew hat schwerwiegende Folgen für die betroffene Zivilbevölkerung. In den Augen der meisten Befragten wurde der Krieg 2014 ausschließlich von außen gegen die Ukraine geführt, und es fehlte eine - politische oder ethnopolitische - Grundlage in der ukrainischen Gesellschaft. Folglich gibt es keine Frage der Versöhnung zwischen verschiedenen ethnischen oder sozialen Gruppen, sondern lediglich die Notwendigkeit, den Zusammenhalt innerhalb ein und derselben Gesellschaft herzustellen oder wiederherzustellen. Die Betonung des Zusammenhalts kollidiert jedoch mit Kiews äußerst negativem Bild vom Donbass, das als rückständig, sowjetisch, unproduktiv und autoritär dargestellt wird. ⁶⁶

Kiew: keine Friedenskonsolidierung ohne volle zentrale Kontrolle der separatistischen Gebiete.

Diese stark geopolitische Perspektive führt auch zu einer rigiden Kategorisierung der Bevölkerung in den Konfliktgebieten. Ein pauschaler Verdacht richtet sich an diejenigen, die weiterhin in den umstrittenen Gebieten leben oder sich zwischen den GCAs und den NGCAs abwechseln. Sie werden beschuldigt, anti-ukrainische Einstellungen geteilt zu haben und die von Moskau angeführten Separatisten zu unterstützen. ⁶⁷Unter diesen Umständen ist eine Friedenskonsolidierung (die für die Ukrainer die Wiederherstellung des sozialen Zusammenhalts bedeutet) erst dann möglich, wenn die separatistischen Gebiete befreit und wieder vollständig unter Kontrolle sind. Wie die Bevölkerung und die derzeitigen Herrscher nach dem Ende des Konflikts behandelt werden sollen, ist umstritten. Eines der wichtigsten Themen ist ein „Gesetzesentwurf zum Verbot der Zusammenarbeit“, der von der Partei der Volksfront von Arseniy Yatsenyuk vorgeschlagen wurde. ⁶⁸ Einige ukrainische Befragte gaben an, dass sie die Möglichkeit der Vergeltung von „Kollaborateuren“ nach einem militärischen Sieg für Kiew nicht ausschließen könnten. ⁶⁹

Kontroverse um die Minsker Abkommen

Während die Kontextualisierung des Donbas-Krieges in Kiew unbestritten ist, gibt es innerhalb des ukrainischen politischen Spektrums erhebliche Unterschiede, wie auf die russische Aggression am besten reagiert und wie mit den umstrittenen Gebieten umgegangen werden soll. Viele Akteure betrachten die Minsker Abkommen und insbesondere das Maßnahmenpaket vom Februar 2015 für ihre Umsetzung als eine russische Vorgabe, die die ukrainische Führung in einem Moment militärischer Schwäche akzeptieren musste. Die in den Abkommen festgelegten politischen Schritte - insbesondere die Formalisierung des Sonderstatus in der ukrainischen Verfassung - sind äußerst umstritten. Infolgedessen werden die Abkommen im innenpolitischen Prozess permanent hinterfragt und in Frage gestellt. Die aufgeheizte Atmosphäre verhindert auch, dass Reformen wie die Dezentralisierung

eine positive Rolle im Friedensprozess spielen.⁷⁰ Andere Themen wie die Sprachengesetzgebung verschärfen die Spannungen weiter und werden im Konflikt politisch instrumentalisiert.

Die Auswirkungen der Präsidentschaftswahlen im März und April 2019 auf die Umsetzung der Minsker Abkommen und die Zukunft des Friedensprozesses sind weiterhin unklar. Poroschenko konzentrierte seinen Wahlkampf auf Identitätspolitik unter dem Motto „Armee, Sprache, Glaube“ - mit begrenztem Erfolg, wie seine schlechte Leistung in der ersten Runde zeigte. Sein Überraschungskandidat, Volodymyr Zelenskiy, blieb den größten Teil des Wahlkampfes im Hinblick auf den Donbass und die künftigen Beziehungen zu Russland vage. Kurz vor der zweiten Runde erklärte er seine Absicht, sich weiterhin für die Umsetzung der Minsker Abkommen einzusetzen, sagte jedoch, dass der Minsker Prozess überarbeitet werden sollte. Er forderte auch direkte Gespräche mit Russland, da der Krieg zwischen der Ukraine und Russland stattfand. Vor allem aber sollte die Ukraine einen sofortigen Waffenstillstand im Donbass anstreben. Kiew,⁷¹

Eine Reihe von rechtsharten Milizen spielen eine wichtige Rolle in den nationalen Debatten über die Abkommen und die Behandlung der umstrittenen Gebiete. ⁷²In Übereinstimmung mit den Minsker Abkommen wurden die Milizen - darunter Asow, die Organisation der ukrainischen Nationalisten (OUN) und Aidar - ab Ende 2014 offiziell in die ukrainischen Streitkräfte integriert, einige bestehen jedoch weiterhin als politische Organisationen und sind in bestimmten Fällen nahe beieinander zur rechtsextremen Szene der Ukraine. Sie spielten eine bedeutende Rolle bei allen bedeutenden Protesten gegen die Politik Kiews gegenüber dem Donbass, von Gesetzgebungsvorschlägen im Zusammenhang mit dem Minsker Maßnahmenpaket bis zur Verhängung des Wirtschaftsembargos im Jahr 2017. Auch wenn rechte und rechtsextreme Parteien gescheitert sind Um bei den Wahlen seit 2014 bemerkenswerte Ergebnisse zu erzielen, hat die nationalistische Ideologie einen erheblichen Einfluss auf die öffentliche Debatte über den Konflikt im Osten (wie auch in anderen Fragen).

Umsetzung der Minsker Abkommen

Seit 2014 hat Kiew eine Reihe von Schritten unternommen, um die Verpflichtungen der Ukraine aus den Minsker Vereinbarungen zu erfüllen. ⁷³ Im September 2014 verabschiedete das ukrainische Parlament, die Verchovna Rada, das in Minsk vereinbarte Amnestiegesetz, das jedoch noch nicht in Kraft getreten ist. Im Oktober 2014 folgte das Sonderstatusgesetz, das „bestimmten Gebieten in den Regionen Donezk und Luhansk“ zunächst für drei Jahre besondere Selbstverwaltungsrechte einräumte. Das Gesetz kodifiziert das Recht, die russische Sprache in den betroffenen Gebieten zu verwenden, und den Sonderstatus in den Bereichen Verwaltung, Polizei / Sicherheitskräfte, Wahlen sowie wirtschaftliche und kulturelle Rechte. ⁷⁴ Im März 2015 verfügte Kiew, dass das Sonderstatusgesetz erst nach freien und fairen Kommunalwahlen nach ukrainischem Recht in den umstrittenen Gebieten in Kraft treten könne. ⁷⁵ Im Sommer 2015 legte Präsident Poroschenko einen Vorschlag zur Verankerung des Sonderstatus in der ukrainischen Verfassung vor. ⁷⁶ Die Debatte in der Verchovna Rada wurde von Straßenprotesten in Kiew begleitet, bei denen bei gewaltsamen Zusammenstößen mehrere Tote und Dutzende Verletzte zu beklagen waren. ⁷⁷ Die Verfassungsänderung steht seitdem auf Eis.

Im Oktober 2018 wurde zur Überraschung der meisten Beobachter das Sonderstatusgesetz ohne Störung der öffentlichen Ordnung erweitert. Die Verlängerung des Vorjahres war nur möglich gewesen, weil die Regierung sie dem Parlament im Rahmen eines neuen Gesetzes über die umstrittenen Gebiete vorgelegt hatte, in dem Russland zum ersten Mal ausdrücklich als Angreifer und Besatzungsmacht genannt wurde. Dieses Gesetz beendete die Anti-Terror-Operation und übertrug die Verantwortung für die Befreiung und Verteidigung der besetzten Gebiete an die ukrainischen Streitkräfte. Es erweiterte auch die Befugnisse des Präsidenten im Falle einer Eskalation. ⁷⁸ Dieser Gesetzgebungsprozess war erneut von heftigen und teilweise gewaltsamen Protesten begleitet, bei denen alle Verweise auf die Minsker Abkommen aus dem Gesetzesentwurf verschwanden. ⁷⁹ Russland kritisierte das Gesetz sofort als Verstoß gegen Minsk. ⁸⁰ Die ukrainische politische Führung betonte nach ihrem Bestehen, dass sie die Vereinbarungen einhalte. Humanitäre Organisationen äußerten sich besorgt darüber, dass das Gesetz das Leid in der Konfliktzone weitgehend ignorierte.

Russland: Kontrollierte Destabilisierung mit revisionistischen Mitteln

Moskau spielt eine zentrale politische und militärische Rolle im Donbass-Konflikt, während es die Minsker Vereinbarungen einhält. Anders als auf der Krim (die Russland nicht nur revisionistisch, sondern auch irredentistisch annektiert hat) oder in Abchasien und Südossetien (die es 2008 anerkannt hat) bleibt die Politik des Kremls im Donbass auf den Status Quo ausgerichtet. Formal behandelt Moskau die umstrittenen Gebiete als Teil des ukrainischen Staates.

Auf einer Pressekonferenz am 4. März 2014 legte Wladimir Putin den offiziellen russischen Auslegungsrahmen für die russische Politik gegenüber der Post-Maidan-Ukraine fest und beschrieb die Ereignisse in Kiew als „verfassungswidrig“ Übernahme, eine bewaffnete Machtergreifung “und Ablehnung der Legitimität der neuen ukrainischen Regierung. Putin brachte sein Verständnis für die Unzufriedenheit der Ukrainer mit einem System zum Ausdruck, das ihr Leben seit der Unabhängigkeit des Landes nicht verbessert hatte. Korruption und Ungleichheit seien in der Ukraine um ein Vielfaches schlimmer gewesen als in Russland. Während das Volk aus verständlichen Gründen protestiert habe, hätten andere "Kräfte" dies ausgenutzt, um einen Putsch durchzuführen. Jetzt sagte er: "Wir sehen die Ausbreitung von reaktionären Kräften, nationalistischen und antisemitischen Kräften" in Kiew und anderen Teilen des Landes. „Wenn sich solche unkontrollierten Verbrechen auf die östlichen Regionen des Landes ausbreiten und die Menschen uns um Hilfe bitten, behalten wir uns das Recht vor, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um diese [russischsprachigen, SF] Menschen zu schützen.⁸¹ Diese Perspektive wurde beibehalten. Während sich die Lage in Kiew trotz des Krieges und der wirtschaftlichen Rezession nach 2014 beruhigt hat, betrachtet Russland die Ukraine nach wie vor als gescheiterten Staat. Das ukrainische Wahljahr hat das Wiederaufleben der (fehlgeleiteten) Überzeugung ausgelöst, dass russlandfreundliche oder sogar pro-russische Kräfte in Kiew wieder an die Macht kommen könnten.

Russlands Motivation bestand jedoch nicht nur darin, die russischsprachige Bevölkerung auf der Krim und in der Ostukraine vor einem „faschistischen Mob“ zu schützen. Der Kreml glaubte, dass der Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch von Washington inszeniert worden war, um die Ukraine in die NATO zu bringen und den Einfluss Russlands in seiner eigenen Nachbarschaft weiter zu untergraben. ⁸²Aus russischer Sicht waren die Annexion der Krim und die Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine lediglich (Selbst-) Verteidigungsmaßnahmen gegen das amerikanische Streben nach einer unipolaren Weltordnung. Für Moskau instrumentalisierte der Westen Ideen zu „Freiheit“ und „Demokratie“, um Eingriffe in die regionalen Einflussbereiche anderer Großmächte (wie Russland) zu rechtfertigen und in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen. In diesem Sinne sieht Moskau die Ukraine als eine von vielen westlichen Verstößen gegen das Völkerrecht, vom Kosovo-Konflikt über den Irak-Krieg bis zur Intervention in Libyen. ⁸³

In diesem Zusammenhang ist der russisch-ukrainische Antagonismus kein isoliertes Phänomen, sondern - von Moskau aus gesehen - Teil eines viel umfassenderen Konflikts der Vereinigten Staaten gegen Russland in Europa und weltweit. ⁸⁴ Aus russischer Sicht ist die Ukraine kein unabhängiger Schauspieler oder Gegner, sondern wird von Washington kontrolliert. Dies impliziert, dass mögliche Lösungen auf europäischer und internationaler Ebene liegen und nicht im Rahmen der russisch-ukrainischen Beziehungen. ⁸⁵ Und in der russischen Erzählung ist die Krim von der Suche nach Lösungen ausgeschlossen. Es gilt als Teil der Russischen Föderation, deren Annexion ein Kapitel abgeschlossen hat. ⁸⁶

Elemente der russischen Donbass-Politik

Die Politik Russlands gegenüber seinen Nachbarn stützt sich auf einen revisionistischen Werkzeugkasten, den es auch bei den ungelösten Konflikten in der Region einsetzt. In diesen Moskauer Aktionen sind durch vier Elemente gekennzeichnet, die in unterschiedlichen Stärken und Kombinationen auftreten, ⁸⁷ und kann auch im Donbas-Konflikt identifiziert werden.

Militärische Präsenz / Intervention: Moskau bestreitet weiterhin die Lieferung schwerer Waffen und anderer Ausrüstung in die Ostukraine und den Einsatz regulärer russischer Streitkräfte. Im April 2015 erklärte Putin: „Ich sage Ihnen direkt und definitiv: In der Ukraine gibt es keine russischen Truppen.“⁸⁸ Zahlreiche Ermittlungsberichte sowohl westlicher als auch russischer Herkunft belegen bis ins kleinste Detail, dass russische Truppen im Sommer 2014 in der Nähe von Ilovaisk und im Februar 2015 am Flughafen Donezk und in Debalzewe stationiert waren. Die Methoden, auf denen diese Studien basieren, umfassen Satellitenbildgebung; Geolokalisierung anhand von Fotos von militärischer Ausrüstung, anderen Bildern und Aussagen, die in sozialen Netzwerken von in der Ukraine stationierten russischen Soldaten veröffentlicht wurden; Interviews mit Soldaten, Augenzeugen und Verwandten; und Schätzung der Anzahl gefallener russischer Soldaten, die nach Russland zurückgekehrt sind (Fotos und Sargzählungen).⁸⁹ Verlässliche Informationen über die Abschnitte der ukrainisch-russischen Grenze, die nicht unter Kiewer Kontrolle stehen, sind rar. Trotz seiner umfassenden Mandat hat die OSZE - Mission nur eingeschränkt Zugang dort, aber es hat wiederholt LKW-Konvois mit unbestimmter Fracht gemeldet, die die Grenze von Russland in die Ukraine passieren. Es wird vermutet, dass diese Fahrzeuge militärische Ausrüstung in die umstrittenen Gebiete transportieren.⁹⁰

Russische Akteure beim Aufbau staatsähnlicher Strukturen in umkämpften Gebieten.

Unterstützung beim Aufbau der Staatlichkeit: Russland erkennt die Volksrepubliken nicht an und unterhält keine offiziellen Kontakte zu ihren Herrschern. Der Kreml hat es dementsprechend vermieden, die Ergebnisse der Wahlen im November 2018 in den NGCAs ausdrücklich zu bestätigen. Russische Akteure sind jedoch am Aufbau staatsähnlicher Strukturen in den umstrittenen Gebieten beteiligt. Russland und die beiden Einheiten sind durch ein enges Netzwerk von „Kuratoren“ verbunden, die als Berater in Moskau und in den Regierungsinstitutionen der Volksrepubliken tätig sind und so eine Brücke zwischen den beiden Seiten bilden. Die zentrale Figur im Kuratorensystem ist Vladislav Surkov, Berater des russischen Präsidenten.⁹¹ Er kontrolliert nicht nur die Kontakte zwischen den Separatisten und Moskau, sondern auch die politischen Prozesse in den umstrittenen Gebieten. Als Sonderbeauftragter des Kremls spielt er auch eine wichtige Rolle bei den Beratungen der Trilateralen Kontaktgruppe in Minsk. Der stellvertretende Ministerpräsident Dmitry Kozak wiederum leitet die "Interministerielle Kommission für die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die betroffenen Gebiete im Südosten der Regionen Donezk und Luhansk", die für humanitäre Maßnahmen, aber auch - laut Medienberichten - zuständig ist für (Schatten-) wirtschaftliche Interaktion mit den umstrittenen Gebieten.⁹²

Es wird häufig berichtet, dass die beteiligten Institutionen unterschiedliche Interessen verfolgen, wie in den wiederkehrenden Machtkämpfen in Donezk und Luhansk zu beobachten ist. Beobachter vermuten, dass die russischen Sicherheitsdienste die Hardliner und Gegner von Minsk in beiden Volksrepubliken unterstützen. Surkovs Mission ist es andererseits, genau diese Akteure zu kontrollieren und sicherzustellen, dass die Minsker Abkommen überleben. In den Beziehungen spielen auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle.⁹³ Positions- und Interessensunterschiede in Moskau schaffen ein gewisses Maß an politischem Spielraum für die Akteure in den Volksrepubliken, den sie für lokale Macht- und Verteilungskonflikte nutzen.⁹⁴

Einbürgerung / pasportizatsiya: Moskau gewährt den Einwohnern Abchasiens, Südossetiens und Transnistriens seit den 2000er Jahren die russische Staatsbürgerschaft. Diese als *pasportizatsiya* bekannte Politik war ursprünglich auch durch humanitäre Bedenken motiviert, um den Bewohnern dieser Regionen zu helfen, ihrer Isolation zu entgehen. Die Einbürgerungspolitik entwickelte sich jedoch zunehmend zu einem Druckmittel auf die jeweiligen Rumpfstaaten. Es wurde auch das Argument bestärkt, dass Moskau für das Schicksal der russischen Bürger in diesen Regionen verantwortlich sei.⁹⁵

Russland hat die gesamte Bevölkerung der Krim bis Ende 2014 eingebürgert. In den beiden Volksrepubliken hingegen hat es bislang eine Politik verfolgt, die auf dem Status Quo basiert. Während die Duma im Februar 2014 ein Gesetz zur Erleichterung der Einbürgerungsverfahren für

russischsprachige Einwohner anderer Staaten verabschiedet hat, findet es in den Volksrepubliken keine Anwendung. ⁹⁶ Im Februar 2017 verfügte Putin, dass in der Russischen Föderation „vorübergehend während des politischen Vergleichszeitraums [...] gemäß den Minsker Abkommen“ in den Hoheitsgebieten ausgestellte Ausweispapiere, Pässe, Ausbildungsnachweise, Geburts- und Heiratsnachweise und dergleichen anerkannt würden. Einwohner der umstrittenen Gebiete könnten auch ohne Visum in die Russische Föderation einreisen. ⁹⁷ Der Kreml betonte, dass das Dekret humanitären Zwecken diene und den Minsker Vereinbarungen entspreche. In der Tat kann der Text nicht als offizielle Anerkennung der ausstellenden Institute ausgelegt werden. Andere parlamentarische Initiativen seit 2014 zur Erleichterung der Einbürgerung der Bewohner der umstrittenen Gebiete waren erfolglos. ⁹⁸ Moskau hat auf Masseneinbürgerungen verzichtet, wie sie in Abchasien und Südossetien und in geringerem Umfang auch in Transnistrien in der Vergangenheit praktiziert wurden. ⁹⁹ *Wirtschaftliche Unterstützung:* Russlands wirtschaftliche Rolle ist für die umstrittenen Gebiete im Donbass von existenzieller Bedeutung. Dies gilt von Anfang an, insbesondere für die kleinere und wirtschaftlich schwächere Volksrepublik Luhansk. Russland leistet nicht nur humanitäre Hilfe, sondern dämpft auch die schlimmsten Auswirkungen der wirtschaftlichen Isolation. Seit der Verhängung eines Handelsembargos durch die Ukraine im Jahr 2017 sind beide Volksrepubliken in Bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen und die Märkte für ihre Produkte vollständig von Russland abhängig geworden. Die Handelsmöglichkeiten bleiben jedoch begrenzt, solange Russland die offizielle Anerkennung des Unternehmens verweigert. ¹⁰⁰ Die Furcht vor westlichen Sanktionen veranlasst auch russische Unternehmen zur Vorsicht. Um Zahlungen „legal“ abzuwickeln, werden sie über Südossetien geleitet, das einzige „Partnerland“, das die Volksrepubliken bislang offiziell anerkannt hat. ¹⁰¹ russische Kuratoren sorgten auch dafür, dass die Machthaber von Donezk und Luhansk die betroffenen ukrainischen Unternehmen im März 2017 nicht „verstaatlichten“, sondern sie - in semantischer Übereinstimmung mit den Minsker Vereinbarungen - „unter externe Kontrolle“ stellten. ¹⁰² Russlands offizielle humanitäre Hilfe und inoffizielle Wirtschaftskontakte sichern das Überleben der Machtstrukturen in den beiden umstrittenen Gebieten, aber ihre wirtschaftliche und sozioökonomische Situation ist weiterhin prekär. Bisher hat Moskau es unterlassen, seine Wirtschaftskontakte zu den Volksrepubliken auszuweiten und sie zu einem offizielleren Flugzeug zu machen.

Der russische Ansatz weist in diesem Fall Ähnlichkeiten und Unterschiede zu anderen Konflikten auf. Seine Aktionen in der Ukraine waren seit 2014 wesentlich geplanter und gezielter als in den Bürgerkriegen, die im Zuge des Zerfalls der Sowjets Anfang der neunziger Jahre ausbrachen. ¹⁰³ Im Donbass trug die russische Politik bewusst zur Eskalation des Konflikts bei. Die spezifische Kombination revisionistischer Elemente in den Volksrepubliken ist der russischen Herangehensweise an die Konflikte um Abchasien und Südossetien in den Jahren vor dem russisch-georgischen Krieg von 2008 am ähnlichsten. Dies ist jedoch keine statische Situation, und Moskau wurde gezwungen um seine Richtlinie wiederholt anzupassen (z. B. durch Erkennen von Dokumenten). Ein inkrementeller Prozess mit einem stärkeren russischen Engagement in der Ostukraine - vergleichbar mit der Entwicklung in Abchasien und Südossetien im Laufe der Jahre - kann nicht ausgeschlossen werden.

Die humanitäre Situation in der Konfliktzone

Die humanitären Folgen des Krieges sind tief in die Donbass-Gesellschaft eingeschrieben. Sie sind ein wesentlicher Faktor für die stetig wachsende Kluft zwischen Kiew und der Bevölkerung in den Konfliktregionen und insbesondere in den NGCA.

Was einst ein vorübergehender Notfall in der Ostukraine war, droht sich in eine Situation permanenter Armut und Unterentwicklung mit allen damit verbundenen negativen Folgen zu verwandeln. Die Ernährungssicherheit in der Konfliktregion hat sich kontinuierlich verschlechtert, wobei der drastischste Rückgang in den letzten drei Jahren zu verzeichnen war. Der Anteil der Bevölkerung in den Volksrepubliken ohne Zugang zu ausgewogener Ernährung stieg von 40 Prozent im Jahr 2016 auf 86 Prozent im Jahr 2017. Selbst in den von Kiew kontrollierten Gebieten entlang der Kontaktlinie beträgt der Anteil etwa 55 Prozent. ¹⁰⁴ Humanitäre Organisationen weisen auf eine Zunahme der typischen

Symptome struktureller Armut wie Drogenmissbrauch, Alkoholismus und Prostitution sowie auf einen eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Schulbildung hin. Besonders stark betroffen sind die Bevölkerungsgruppen der dichter besiedelten Volksrepubliken. Hier hat das Leiden proportional zur wachsenden Isolation zugenommen. [105](#)

Die ukrainische Regierung scheint mit der humanitären Katastrophe nicht fertig zu werden. Ein Grund dafür ist, dass die schwachen staatlichen Institutionen des Landes vor allem zu Beginn des Krieges einfach überfordert waren. [106](#) Eine andere ist die problematische Rolle, die die ambivalente Haltung großer Teile der politischen Eliten spielt. Nicht wenige Politiker in Kiew betrachten den Donbass als unnötige wirtschaftliche Belastung und seine Bevölkerung als rückständig und politisch nicht vertrauenswürdig. Ihre Bereitschaft, das humanitäre Leid in den von Konflikten betroffenen Gebieten zu bekämpfen und zu lindern, ist sehr begrenzt. [107](#) Es gibt auch ein Repräsentationsproblem. Seit der Maidan-Revolution hat sich das ukrainische Parteienspektrum stark auf das Zentrum und den Westen des Landes konzentriert. Die Parteien, die den Osten vertreten - der Oppositionsblock und die Kommunistische Partei - haben auf nationaler Ebene wenig Einfluss. Es gibt daher keine nennenswerte politische Kraft, die die Interessen der Region in Kiew wirksam vertreten könnte. Im Donbas verstärkt dies das Gefühl, vergessen und vernachlässigt zu werden. [108](#) Strukturelle Asymmetrien und politische Prioritäten in Kiew spiegeln sich auch auf Regierungsebene wider. Das 2016 eingerichtete „Ministerium für vorübergehend besetzte Gebiete und Binnenvertriebene“ ist politisch und finanziell schwach und wird von besser finanzierten Ministerien überschattet. Es wird von anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren nicht als bedeutender Akteur wahrgenommen. [109](#)

Binnenvertriebene und Rentner

Nach Angaben der ukrainischen Ministerium für Sozialpolitik gab es fast 1,5 Millionen registrierten Binnenvertriebenen (IDPs) in der ukrainischen kontrollierten Gebiet im Dezember lebenden 2017. Die Vereinten Nationen sein lieves , dass ein erheblicher Anteil der IDPs registriert in den GCAs Teil leben mindestens der Zeit in den NGCAs. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen leben daher rund 760.000 Binnenvertriebene dauerhaft in den GCA. [110](#) Neben den Binnenvertriebenen in der Ukraine flohen weitere Millionen Menschen vor dem Krieg nach Russland. [111](#) Insgesamt hat der Krieg in der Ostukraine somit etwa zweieinhalb Millionen Menschen vorübergehend oder dauerhaft aus ihren Häusern vertrieben. Dies übersteigt das Ausmaß der Flucht und Vertreibung während der Jugoslawienkriege der neunziger Jahre. Die Ukraine hat die zehntgrößte Binnenvertriebene der Welt. [112](#) Der Donbass war schon vor dem Krieg eine demografisch alte Region , da die Gemeinde wirtschaftlich vertrieben wurde . Infolgedessen ist die Zahl der von den Ereignissen betroffenen Rentner überproportional hoch. Rund 30 Prozent der 3,4 Millionen Menschen, die aufgrund des Konflikts humanitäre Hilfe benötigen, sind im Rentenalter - der höchste Anteil in einem Konflikt weltweit. [113](#)

Die ukrainische Öffentlichkeit sowie die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften reagierten mit großer Solidarität und Engagement auf die Notlage der Flüchtlinge. In den Jahren 2014 und 2015 erreichten zahlreiche Hilfskonvois und großzügige Spenden das Krisengebiet. Die Unterstützung war an der Basis schnell und unbürokratisch organisiert. Bis heute sind Spannungen zwischen der lokalen Bevölkerung und den Binnenvertriebenen selten. Die nationale politische Ebene bleibt jedoch aus den oben genannten Gründen ambivalent. Initiativen zur Integration von Binnenvertriebenen werden nicht von der gesamten Regierung unterstützt und sind unterfinanziert. [114](#)

Interne Verschiebung ist zu einem chronischen strukturellen Problem geworden.

Besonders deutlich wird das Problem bei Binnenvertriebenen im Rentenalter. Die ukrainische Regierung stellte im Dezember 2014 die Zahlung von Sozialleistungen an Einwohner der NGCA ein, als Reaktion auf die Durchführung von Wahlen im Widerspruch zu den Minsker Vereinbarungen. Seit 2014 müssen sich Rentner, die in NGCAs leben, als Binnenvertriebene in den GCAs registrieren, um ihre Renten zu erhalten. 2016 wurden Überprüfungen eingeführt, um sicherzustellen, dass sich registrierte Binnenvertriebene dauerhaft an ihrem Registrierungsort aufhalten. Nach Angaben der Vereinten Nationen nahe zu 500.000 der knapp 1,3 Millionen Rentner registriert in den NGCAs vor dem Krieg ihre

Renten erhalten weiterhin regelmäßig wurden.¹¹⁵ Die Politik Kiews - mit der ein „Rententourismus“ zwischen GCAs und NGCAs verhindert werden soll - verweigert einer der am stärksten vom Konflikt betroffenen Gruppen den Lebensunterhalt. Internationale Organisationen sehen dies als eine Verletzung Menschenrechte, wie auch cerTain ukrainische staatliche und nicht-staatliche Akteure. Sie fordern Kiew auf, die Rentenzahlungen vollständig vom IDP-Status abzukoppeln.¹¹⁶ Ein entsprechender Gesetzesentwurf des Ministeriums für vorübergehend besetzte Gebiete befindet sich seit Sommer 2017 in der Rada auf Eis.¹¹⁷

Im sechsten Jahr des Konflikts ist die interne Vertreibung kein vorübergehendes Phänomen mehr, sondern ein chronisches strukturelles Problem. Binnenvertriebene sind mit zahlreichen Problemen konfrontiert, von der Sicherung ihres Lebensunterhalts bis zur mangelnden politischen Vertretung. Eine Umfrage der Internationalen Organisation für Migration im März 2018 ergab erstmals, dass die Mehrheit nicht mehr in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren wollte.¹¹⁸

Leben in der Grauzone und in den NGCAs

Die fast 500 Kilometer lange Kontaktlinie zwischen GCAs und NGCAs ist eine permanente Quelle humanitärer Krisen. 2015 wurden fünf sogenannte Entry-Exit Crossing Points (EECPs) eingerichtet, vier davon zwischen GCA und Donetsk NGCA und nur eine auf der kürzeren Linie zwischen GCA und Luhansk NGCA. Der letztgenannte Grenzübergang bei Stanytsia Luhanska ist eine sich verschlechternde provisorische Holzkonstruktion, die über einer stark beschädigten Betonbrücke errichtet wurde und nur zu Fuß begehbar ist. Die anderen Kreuzungspunkte (Maiorske, Marinka, Novotroitske und Hnutove) sind ebenfalls für PKW und LKW geöffnet. Bisher konnten sich die Konfliktparteien nicht darauf einigen, weitere Übergänge zu eröffnen. Die Volksrepubliken haben wenig Interesse daran, den Verkehr mit den GCA zu fördern, und befürchten nicht zuletzt, dass immer mehr Menschen auf die andere Seite ziehen könnten.¹¹⁹ In Kiew nehmen die Bemühungen um eine stärkere Isolierung der NGCA seit Jahren zu. Trotz dieser Einschränkungen ist die Anzahl der Überfahrten von Jahr zu Jahr gestiegen. Alleine im Juni 2018 meldeten die Vereinten Nationen nicht weniger als 1,2 Millionen Fahrten über die Kontaktlinie.¹²⁰ Die vorhandene Infrastruktur ist hoffnungslos überlastet, was zu langen Wartezeiten bei Beschuss und schlechtem Wetter führt.¹²¹ Die Situation an den Kreuzungspunkten führt dazu, dass Menschen die Grenze woanders überschreiten und sich den Gefahren von Minen und nicht explodierten Kampfmitteln aussetzen.¹²² Die Zone entlang der Berührungslinie ist eine der am stärksten abgebauten Regionen der Welt.¹²³

Seit 2014 wurden Zehntausende von Wohngebäuden beschädigt oder zerstört.¹²⁴ Reparaturen und Wiederaufbau sind außerordentlich langsam verlaufen und werden durch anhaltende Kämpfe, insbesondere in den NGCAs, behindert. Kämpfe und Beschuss beschädigen zudem regelmäßig kritische Infrastrukturen und gefährden die Versorgung mit Strom, Wasser und Heizung auf beiden Seiten der Kontaktlinie. Die Donezk-Filterstation (DFS), die 345.000 Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie mit Trinkwasser versorgt, ist besonders gefährdet und von beiden Seiten wiederholt beschossen worden.¹²⁵ Das Wartungspersonal des Betreibers Vodadonbasa gerät regelmäßig unter Beschuss, wodurch häufig die Wasserversorgung reduziert oder ganz unterbrochen wird.

Ungefähr 200.000 Menschen leben in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie auf der CGA-Seite. Da die Separatisten den Zugang zu den von ihnen kontrollierten Gebieten verweigern, sind verlässliche Bevölkerungszahlen für ihre Seite nicht verfügbar. Auf beiden Seiten, vor allem aber in den NGCAs, operieren Truppen aus Wohngebieten und zivilen Einrichtungen und lokalisieren sogar schwere Waffen, was lebensbedrohliche Folgen für die Zivilbevölkerung hat.¹²⁶

Zugang zur humanitären Hilfe

In den GCAs: Vor dem Krieg hatte die Ukraine wenig Erfahrung mit humanitären Krisen. Internationale humanitäre Organisationen stießen bei ihrer Tätigkeit im Laufe des Jahres 2014 auf zahlreiche bürokratische, logistische und rechtliche Hindernisse.¹²⁷ Kiew bemühte sich jedoch, die Hindernisse zu beseitigen. Ukrainische und internationale Organisationen loben die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen - einschließlich der zivil-militärischen Behörden in den NCGAs von Donezk und Luhansk -, stellen jedoch fest, dass die Probleme weiterhin bestehen.¹²⁸ So steckt in der Rada seit 2015 ein

Gesetzesentwurf zur humanitären Hilfe in Krisenfällen fest, der wichtige Steuerfragen und bürokratische Hürden klären würde. Die Tatsache, dass das Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist, behindert die Arbeit humanitärer Organisationen. ¹²⁹

Das Rote Kreuz ist die einzige internationale Organisation, die in beiden Volksrepubliken tätig ist.

In den NGCAs: Der Zugang für humanitäre Organisationen zu den NGCAs hat sich seit 2014 kontinuierlich verschlechtert. Sie müssen vom lokalen Regime akkreditiert werden und unterliegen einer strengen Überwachung und Kontrolle. ¹³⁰ Nur das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) kann in beiden Volksrepubliken tätig werden. In der Zwischenzeit wurde einigen anderen Organisationen der Zugang gewährt, ihre Arbeit wird jedoch durch die Launen der De-facto-Behörden dauerhaft behindert. Beobachter vermuten, dass insbesondere nichtstaatliche Organisationen als pro-westlich und damit feindlich empfunden werden, während das IKRK aufgrund der Mitgliedschaft Russlands neutraler erscheint. ¹³¹ Der größte Teil der humanitären Arbeit in den NGCAs wird von lokalen Netzwerken geleistet, die unter schwierigen politischen Bedingungen arbeiten. Diese vermeiden häufig Konflikte mit lokalen Herrschern, indem sie unter der Schwelle der formalen Organisation operieren. ¹³² Die zunehmende Isolation der Volksrepubliken schränkt ihren Zugang zu humanitären Gütern und Dienstleistungen erheblich ein. Als zum Beispiel Rinat Akhmetovs Geschäfte im Frühjahr 2017 enteignet wurden, wurde auch die Wohltätigkeitsorganisation, die er leitete, aus Donezk vertrieben. Bis dahin spielte es eine zentrale Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung mit humanitärer Hilfe. ¹³³ Unter diesen Umständen ist Russlands Rolle als humanitäre Hilfe für die NGCA gewachsen. ¹³⁴ Seit Sommer 2014 meldet das russische Ministerium für Notsituationen, Dutzende von Konvois mit mehr als 77.000 Tonnen humanitärer Hilfe in die umkämpften Gebiete geschickt zu haben. ¹³⁵ Die Ukrainer und internationalen Beobachter vermuten, dass diese Konvois militärische und humanitäre Hilfe über die Grenze bringen. Die Anklage kann jedoch nicht überprüft werden, da Russland systematische Frachtkontrollen ablehnt. Die russische Öffentlichkeit beteiligt sich mit Spenden und freiwilligem Engagement. Die Unterscheidung zwischen humanitärer Hilfe und politischer Unterstützung für die Separatisten ist fließend. Russland hat auch 2014 und 2015 fast eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, eine Zahl, die in der russischen Geschichte ihresgleichen sucht. ¹³⁶ Internationale Geber und humanitäre Organisationen haben ihre Aktivitäten in der Ukraine seit 2016 spürbar zurückgefahren. ¹³⁷ Anfang 2018 stellten die Vereinten Nationen fest, dass sie Mittel zur Deckung von nur 45 Prozent der im ostukrainischen Kriegsgebiet 2017 benötigten humanitären Hilfe hatten. ¹³⁸ Die Befragten gaben hierfür mehrere Gründe an. Im „Wettbewerb der internationalen Krisen“ ist der humanitäre Notfall in der Ukraine seit dem Aufkommen der europäischen Migrationskrise auf der internationalen Tagesordnung stehen geblieben, während sich die Prioritäten der größten westlichen Geber in den Nahen Osten und nach Nordafrika verlagert haben. Ein weiterer Faktor ist der eingeschränkte Zugang, der politische Despotismus und das fast vollständige Fehlen von Transparenz, die internationale Geber davon abhalten, größere Beträge für die ukrainischen NGCA freizugeben. Schließlich schränkt die anhaltende Instabilität im Konfliktgebiet den Handlungsspielraum für humanitäre Organisationen ein, ebenso wie Kiews Priorisierung der Sicherheit gegenüber dem Zugang zu humanitärer Hilfe. ¹³⁹ Angesichts des schwindenden externen Engagements sprechen Vertreter internationaler Organisationen von einer vergessenen humanitären Katastrophe in der Ostukraine.

Konfliktdynamik und Hindernisse für den Frieden

Die Bemühungen zur Beendigung der Kämpfe im Donbass wurden seit Herbst 2016 eingestellt, und die Konfliktparteien zeigten keine Kompromissbereitschaft. Anhaltende Verstöße gegen den Waffenstillstand verbreiten Angst und spiegeln das generelle Fehlen von Vertrauen wider. Gleichzeitig profitieren alle Seiten auf die eine oder andere Weise von der gegenwärtigen Pattsituation. Dies gilt am stärksten für die beiden Volksrepubliken, die mit der Umsetzung der Minsker Abkommen nicht mehr bestehen würden. Die innere politische Instabilität in der Ukraine passt zu Russland, und Kiew kann die

Umsetzung der nachteiligen politischen Bestimmungen von Minsk verschieben. In der Zwischenzeit konsolidieren sich die Hindernisse für den Frieden auf allen Ebenen und eine dauerhafte Lösung wird von Tag zu Tag unwahrscheinlicher.

Kiew und die Volksrepubliken wachsen immer weiter auseinander. Durch die Schaffung quasi-staatlicher Institutionen und die Abhaltung von Wahlen in den Jahren 2014 und 2018 haben die Separatisten und ihre russischen Anhänger Tatsachen vor Ort geschaffen, die einer Verständigung mit der ukrainischen Führung entgegenstehen. Die Verhängung eines Wirtschaftsembargos durch Kiew im März 2017 hat die Isolation der Bevölkerung der NGCA weiter verschärft. Die Fixierung der ukrainischen politischen Elite auf den geopolitischen Konflikt mit Russland ist verständlich, macht Kiew jedoch blind für die politische und humanitäre Lage in der Region. Dies steht im Gegensatz zu der Realität entlang der Kontaktlinie, bei der monatlich immer noch etwa eine Million Überfahrten stattfinden. Die Bevölkerung im Donbass ist zwischen den gegnerischen Parteien zusammengedrückt. Auch die humanitäre Hilfe ist politisch gespalten. Internationale humanitäre Organisationen (ganz zu schweigen von der ukrainischen) sind von den NGCA weitgehend ausgeschlossen und können daher nur in den von der Ukraine kontrollierten Gebieten tätig werden. In den NGCAs hat die humanitäre Hilfe aus Russland an Bedeutung gewonnen. Während der Krieg auf dem Donbass nicht aus einem ethnopolitischen Konflikt hervorging, trieb er die betroffenen Gemeinden auf lokaler Ebene auseinander und vergrößerte die bestehende Distanz und das Misstrauen zwischen Kiew und der Bevölkerung der NGCA. Längerfristig wird dies die Wiederherstellung des sozialen Friedens behindern. Dies treibt die betroffenen Gemeinden auf lokaler Ebene auseinander und erhöht die bestehende Distanz und das Misstrauen zwischen Kiew und der Bevölkerung der NGCAs. Längerfristig wird dies die Wiederherstellung des sozialen Friedens behindern. Dies treibt die betroffenen Gemeinden auf lokaler Ebene auseinander und erhöht die bestehende Distanz und das Misstrauen zwischen Kiew und der Bevölkerung der NGCAs. Längerfristig wird dies die Wiederherstellung des sozialen Friedens behindern.

Die Abhängigkeit der beiden Volksrepubliken von Russland ist seit 2014 stetig gewachsen, was durch die seit 2017 von Kiew verhängte wirtschaftliche Isolation exponentiell beschleunigt wurde. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Moskauer Kuratoren eröffnen den lokalen Akteuren manchmal ein gewisses Maß an unabhängigem Raum, dies muss jedoch der Fall sein vermutet, dass Russland weitreichende Kontrolle über die De-facto-Behörden und die militärischen und politischen Entwicklungen ausübt. Informalität und mangelnde Transparenz in diesen Beziehungen und die Weigerung Moskaus, seine eigene Rolle im Konflikt anzuerkennen, untergraben das Vertrauen der anderen Akteure und behindern somit alle Bemühungen zur Förderung des Friedens.

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland haben seit 2014 eine beispiellose Entfremdung mit dem Euromaidan, der Annexion der Krim und dem Ausbruch des Krieges auf dem Donbass erlebt. Zahlreiche bilaterale politische und wirtschaftliche Abkommen wurden gekündigt und die wirtschaftlichen Beziehungen abgebrochen: Russland hat das GUS-Freihandelsabkommen mit der Ukraine Anfang 2016 ausgesetzt, da es mit der ukrainischen DCFTA nicht mit der Europäischen Union vereinbar ist. Die Ukraine hat ihre Abhängigkeit von russischen Energieimporten weitgehend beendet, und beide Seiten haben umfangreiche Sanktionen gegen die anderen verhängt. ¹⁴⁰Heute gibt es weder lokalen Grenzverkehr noch Direktflüge zwischen den beiden. Die diplomatischen Beziehungen sind stark zurückgegangen, wenn auch nicht vollständig abgebrochen. Kiew hat Ende 2018 beschlossen, den russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrag, auf dem die Beziehungen zwischen den beiden Staaten seit 1991 [beruhen](#), nicht zu verlängern. ¹⁴¹Der Vertrag lief im März 2019 aus. Der vielleicht symbolischste Bruch ist die Autokephalie der ukrainisch-orthodoxen Kirche durchgeführt von Präsident Poroschenko. ¹⁴²

In Kiew und Moskau diskutierte Lösungen schließen sich gegenseitig aus.

Die ukrainische Öffentlichkeit und die politischen Eliten betrachten Russland überwiegend als Angreifer und Feind, während der russische Mainstream die Ukraine als Vasallen der Vereinigten Staaten betrachtet. Es gibt praktisch keine Gemeinsamkeiten zwischen den Konflikterzählungen - noch in irgendeiner anderen Frage. Die in Kiew und Moskau ausgestrahlten Lösungen schließen sich

gegenseitig aus. Die Ukraine fordert die Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität und Souveränität über die umstrittenen Donbas-Einheiten und Krim. Moskau trennt die beiden Fragen sauber und setzt eine Lösung des Donbass-Konflikts von einer Einigung mit den Westmächten über eine Neuorganisation der europäischen und internationalen Sicherheit voraus. Die innenpolitischen Tendenzen auf beiden Seiten lassen auf absehbare Zeit keine Veränderung erwarten. Auch in dieser Dimension ist der Verständigungsspielraum auf ein Minimum geschrumpft.

Das *Verhältnis zwischen Russland und den konfliktrelevanten westlichen Akteuren Deutschland, Frankreich, EU, NATO und USA* seit 2014 hat sich die Lage kontinuierlich verschlechtert. Der Konflikt um die Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine führte zu gegenseitigen Sanktionen und einer tiefen Krise in den politischen Beziehungen. Seitdem sind zahlreiche weitere Streitpunkte aufgetaucht: wachsende Sicherheitsspannungen in Europa; Russische Unterstützung für euroskeptische und anti-europäische Kräfte in den EU-Mitgliedstaaten und aktives Eingreifen in Wahlen; Russische Geheimdienstaktivitäten mit tödlichen Folgen im Fall der Skripals. Gegenseitiges Vertrauen ist praktisch nicht vorhanden. Russlands Hoffnungen auf eine Verbesserung der Beziehungen zu Washington unter Präsident Trump wurden zunichte gemacht. Stattdessen haben die russisch-amerikanischen Beziehungen ihren Tiefpunkt seit dem Ende des Kalten Krieges erreicht. Washingtons Reaktion auf die russische Einmischung in die US-Präsidentchaftswahlen, hat die US-Sanktionspolitik von der Europäischen Union und ihrem ursprünglichen Zweck - der Lage in der Ukraine - losgelöst und sie zunehmend unvorhersehbar gemacht. Folglich bietet die internationale Ebene auch keine Aussicht auf positive Entwicklungen im Friedensprozess.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen: Optionen für Deutschland und die Europäische Union

Russland hat die Ukraine durch die Annexion der Krim im Jahr 2014 und die Verschärfung der Spannungen in der Ostukraine in zwei territoriale Konflikte gezwungen. Im Donbas wird weiter gekämpft. Und wie die Eskalation in der Straße von Kertsch im November 2018 gezeigt hat, sind die beiden Konflikte - trotz des Bestehens Moskaus auf dem Gegenteil - eng miteinander verbunden. Die Ukraine ist zweifellos militärisch schwächer als Russland. Zur gleichen Zeit wurde die politische Führung in Kiew in Bezug auf ihre Politik, einschließlich der Unterstützung der Minsker Abkommen, von innen her stark zurückgedrängt. Die Auswirkungen der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 sind ungewiss, und mit ihnen Kiews künftige Herangehensweise an den Konflikt im Donbass. In den Volksrepubliken Donezk und Luhansk fehlen derzeit einige der charakteristischen Merkmale anderer De-facto-Staaten in den Regionen.

Die Europäische Union hat eine Arbeitsteilung in Bezug auf die territorialen Konflikte in der Ukraine eingeführt. Die EU unterstützt ausdrücklich die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine und verurteilt die Annexion der Krim durch Moskau und ihre Rolle auf dem Donbass. Die EU verhängte ab März 2014 sukzessive Sanktionen gegen Russland. Im März 2015 beschloss der Europäische Rat, die Sanktionen nicht aufzuheben, bis die Minsker Abkommen vollständig umgesetzt sind. ¹⁴³

Die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst arbeiten mit der ukrainischen Regierung an der Umsetzung des Assoziierungsabkommens und des umfassenden Freihandelsabkommens (DCFTA) zwischen der Europäischen Union und der Ukraine. In diesem Zusammenhang unterstützt Brüssel umfassende politische und wirtschaftliche Reformprozesse, in deren Verlauf die Ukraine große Teile des Gemeinschaftsrechts der EU übernehmen wird. Auch Reformprogramme wie die Dezentralisierung sind potenziell relevant für die Konfliktlösung. Aus Sicht der Europäischen Union kann die Europäisierung - im Sinne der Förderung von Demokratie und (Markt-) wirtschaftlicher Entwicklung, der Stärkung von Menschen- und Minderheitenrechten sowie der Verankerung der Grundsätze der Gewaltenteilung und der friedlichen Konfliktregulierung - einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Versöhnung und Konfliktlösung leisten. ¹⁴⁴ Seit 2014 hat die Europäische Union auch ihre finanzielle Unterstützung für die Ukraine erheblich aufgestockt und ist einer der größten Geldgeber für humanitäre Hilfe und friedensschaffende Maßnahmen.

Anders als in Transnistrien, Abchasien und Südossetien spielen die europäischen Institutionen keine unmittelbare Rolle bei der Konfliktbewältigung. Dieser Teil fiel 2014 an Deutschland und Frankreich, die seitdem den wichtigsten internationalen Friedensprozess für den Donbass durchgeführt haben, die Gespräche im Normandie-Format. Die Sanktionspolitik der Europäischen Union sowie die Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich haben einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der Kämpfe in den Jahren 2014/2015 und zur Verhinderung weiterer Eskalationen geleistet. Sie konnten den Konflikt jedoch nicht lösen.

Derzeit gibt es keine Alternative zur skizzierten Arbeitsteilung zwischen der EU-Ebene und den beteiligten Mitgliedstaaten. Sowohl die Situation in der Konfliktregion als auch der internationale Kontext sind außerordentlich fragil. Wenn vorhandene Kommunikationskanäle verloren gehen, können die Auswirkungen auf die Konfliktodynamik sehr negativ sein. Jede Änderung des Formats kann dazu führen, dass die stark entfremdeten Konfliktparteien eine Einigung gänzlich ablehnen. Darüber hinaus sind sich die EU-Mitgliedstaaten heute weit weniger einig darüber, wie eine angemessene Politik gegenüber Russland und dem russisch-ukrainischen Konflikt aussehen sollte als 2014 und 2015. Berlin und Paris tragen hier eine große Verantwortung. Sie müssen die Ukraine auf der politischen Tagesordnung halten, den Konsens über Sanktionen wahren, Weiterentwicklung ihrer Konfliktpolitik in enger Abstimmung mit ihren europäischen Partnern. Die europäische Einbettung ihres Handelns sollte Moskau verdeutlicht werden, das sich traditionell auf die bilateralen Beziehungen zu den wichtigsten EU-Staaten konzentriert und aktiv versucht, Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten auszunutzen, um die Union zu spalten.

Nord Stream 2: Berlin muss ukrainische Interessen berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang muss die Nord Stream 2-Pipeline erörtert werden. Berlin hat das Ausmaß der geopolitischen Auswirkungen des deutsch-russischen Projekts für Osteuropa, vor allem für die Ukraine, viel zu spät eingestanden. Wenn Nord Stream 2 weitergeführt werden soll, muss die deutsche Regierung die ukrainischen Interessen berücksichtigen, zum Beispiel in Bezug auf den Gastransit, und Druck auf Moskau ausüben, wo diese Interessen gefährdet sind, zum Beispiel durch Reduzierung der geplanten zu liefernden Gasmengen. Sowohl Deutschland als auch Frankreich sind derzeit von Problemen und Krisen im In- und Intra-EU-Raum betroffen. Die Staats- und Regierungschefs in Berlin und Paris müssen dennoch die außenpolitische Priorität der Lage in der Ukraine wieder auf das Niveau bringen, das ihre allgemeine Bedeutung für die Sicherheit Europas gewährleistet.

Die Minsker Abkommen wurden oft von Kritikern in Frage gestellt, die behaupteten, sie benachteiligten die Ukraine und hätten den Konflikt nicht beendet. Alle relevanten Akteure sollten sich jedoch daran erinnern, wie unwahrscheinlich es ist, dass eine neue Einigung erzielt werden kann - und noch weniger eine bessere - und wie gefährlich es wäre, wenn es überhaupt keine gäbe. Das größte Problem ist heute, dass sich die Bedingungen für die Umsetzung der Abkommen eher verschlechtern als verbessern. Gleiches gilt für den Einsatz einer von den Vereinten Nationen beauftragten Friedenstruppe, was gleichzeitig ein großer Schritt in die richtige Richtung wäre.

Die Kertsch-Eskalation hat den negativen Trend weiter beschleunigt. Seit November 2018 blockieren die Konfliktparteien alle Ermittlungsbemühungen. Deutschland, Frankreich und die Europäische Union müssen weiter daran arbeiten, die Ereignisse zu klären, die Freilassung der inhaftierten Besatzungen sicherzustellen und weitere Eskalationen im Asowschen Meer zu vermeiden. Sie müssen weiterhin verlangen, dass Moskau die direkten Kontakte zwischen den ukrainischen und russischen Streitkräften wieder aufnimmt, auch im Rahmen des JCCC. Das Vorgehen Russlands in der Kertsch-Straße beruht auf Behauptungen aus der Annexion der Krim, die daher international nicht anerkannt sind. Auch wenn die Ukraine daran erinnert werden muss, Eskalationsrisiken zu vermeiden, liegt die Hauptverantwortung bei Moskau. Die Europäische Union sollte daher erwägen, gegebenenfalls zusätzliche Sanktionen zu verhängen. [145](#)

Auf der Ebene der ukrainisch-russischen Beziehungen ist es notwendig, auf beiden Seiten die Moderation zu beraten. In Bezug auf die Ukraine ist dies einfacher, aber dennoch eine schwierige Herausforderung. Bestimmte Punkte müssen in Kiew viel klarer formuliert werden als bisher. Die Sicherheitsbestimmungen der Minsker Abkommen sind von allen Parteien zu beachten. Dies gilt nicht

nur für Russland und die Herrscher in den Volksrepubliken, sondern auch für die Ukraine, die sich endgültig aus Stanytsia Luhanska zurückziehen muss. Deutschland und seine europäischen Partner sollten Kiew klar machen, dass die anhaltende Behinderung des Waffenstillstands negative Folgen für die Zusammenarbeit haben kann. Die derzeitige Politik Kiews gegenüber dem Donbass trägt zur Vertiefung des Konflikts bei, indem sie die humanitäre Lage verschärft. Deutschland und die Europäische Union sollten die ukrainische Führung zu einer differenzierteren Perspektive des Konflikts bewegen, eine, die über die geopolitische Fixierung auf Russland hinausblickt und die lokale Ebene umfasst. Der ukrainische Staat ist für seine Bürger auf beiden Seiten der Kontaktlinie verantwortlich. Kiew trägt unbestreitbar auch die Verantwortung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der von ihm kontrollierten Gebiete.

Das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland ist derzeit in Trümmern, Einflussmöglichkeiten selten. Die Sanktionen müssen aufrechterhalten werden. Gleichzeitig sollten sich die europäischen Akteure weiterhin deutlich von den unberechenbaren Sanktionsmaßnahmen Washingtons distanzieren. Europäische und russische Vorstellungen von einer künftigen europäischen Sicherheitsordnung liegen zu weit auseinander, als dass eine zeitnahe Konvergenz denkbar wäre. Trotzdem muss der Dialog fortgesetzt werden, auch wenn er vom Donbas-Konflikt losgelöst ist und keine raschen Erfolge erwartet. Aufforderungen zur Beendigung der Sanktionen - wie unmittelbar nach Putins Vorschlag einer UN-Mission zu hören - sind unrealistisch und destabilisierend. Sicherheit *mit* Russland bleibt ein wichtiges politisches Ziel für Deutschland und Europa. Derzeit gehen die Positionen jedoch zu weit auseinander, als dass eine Lösung des Donbas-Konflikts von dieser Ebene aus angestrebt werden könnte.

Angesichts der Blockaden in der zwischenstaatlichen und internationalen Dimension muss ein besonderes Augenmerk auf die lokale Ebene gelegt werden. Das humanitäre Leid auf beiden Seiten der Kontaktlinie muss dringend gelindert werden. Humanitäre Hilfe und wirtschaftlicher Wiederaufbau sind ebenso erforderlich wie ein Ende der sozioökonomischen Isolation der Bevölkerung der NGCA. Deutschland und Europa müssen auf Kiew drängen, um das Wirtschaftsembargo aufzuheben. Berlin, Paris und Brüssel müssen dort im Dialog mit Russland auch die humanitäre Katastrophe zur Sprache bringen. Nur Moskau kann die Machthaber in Donezk und Luhansk davon überzeugen, humanitären Organisationen einen besseren Zugang zu gewähren. Beide Seiten sollten aufgefordert werden, zusätzliche Kreuzungspunkte auf der Kontaktlinie zu genehmigen, um die Bewegung zwischen den GCAs und den NGCAs zu erleichtern. Solche Maßnahmen zielen darauf ab, das Auseinanderdriften der betroffenen Bevölkerung zu verlangsamen oder umzukehren. Kiew muss verstehen, dass der Kontakt eine Chance und keine Bedrohung ist. Die TCG und die SMM müssen weiter an vertrauensbildenden Maßnahmen entlang der Kontaktlinie arbeiten. Dies kann zum Beispiel die Wiederherstellung der Eisenbahnverbindungen für den zivilen Personenverkehr, die Zusammenarbeit des medizinischen Personals über die Kontaktlinie oder einen besseren Schutz für Wartungsarbeiten an Wasserfilterstationen umfassen. Dies würde den Menschen auf beiden Seiten Vorteile bringen und zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen. Ein solcher Ansatz würde ein gewisses Maß an Engagement für funktionale Eliten in den Volksrepubliken voraussetzen, das nur im engen Dialog mit der ukrainischen Seite möglich ist. Insbesondere Deutschland muss sein politisches Gewicht und seine Rolle im Friedensprozess nutzen, um Kiew zu versichern, dass dies keine schleichende Anerkennung der beiden Einheiten bedeutet. Schritte auf lokaler Ebene haben nur eine sehr begrenzte Reichweite, sind jedoch von entscheidender Bedeutung. Schaffung einer Grundlage für ehrgeizigere Friedenslösungen.

Abkürzungen

DCFTA	Tiefes und umfassendes Freihandelsabkommen
DFS	Donezk-Filterstation
DPR	Volksrepublik Donezk
EECP	Kreuzungspunkte der Ausfahrt

GCA	Von der Regierung kontrollierter Bereich
HPG	Humanitarian Policy Group (London)
ICG	Internationale Krisengruppe
IKRK	Internationales Komitee des Roten Kreuzes
IDP	Binnenvertriebene Person
IMEMO	Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (Moskau)
JCCC	Gemeinsames Kontroll- und Koordinierungszentrum
LPR	Luhansk Volksrepublik
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGCA	Nicht staatlich kontrollierter Bereich
OHCHR	Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Rusi	Royal United Services Institute für Verteidigungs- und Sicherheitsstudien (London)
SMM	Sonderbeobachtungsmission (der OSZE)
TCG	Trilaterale Kontaktgruppe
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UN OCHA	Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten
ZoIS	Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (Berlin)

Endnoten

1

In dieser Veröffentlichung werden die separatistischen Einheiten in der Ostukraine als NGCAs („nicht von der Regierung kontrollierte Gebiete“), Volksrepubliken oder Volksrepublik Donezk (DVR) und Volksrepublik Luhansk (LPR) bezeichnet. Sie sind rechtlich ein wesentlicher Bestandteil der Ukraine und ihre „Unabhängigkeit“ wird international nicht anerkannt. Aus Gründen der Lesbarkeit wird auf die Verwendung von "Scare Quotes" und Qualifiern wie "Sogenannte" verzichtet. Gleiches gilt für Verweise auf politische Institutionen, Ämter und Prozesse in den Volksrepubliken.

2

Die ukrainischen und russischen geografischen Namen und Eigennamen werden gemäß den jeweiligen Regeln für jede Sprache transliteriert. Ortsnamen werden in der jeweiligen Landessprache angegeben.

3

Die Begriffe „Donbas“ und „Donbas-Krieg“ werden in der Ukraine bestritten, da die Wasserscheide des Beckens nicht mit den Grenzen der Verwaltungsregionen Donezk und Luhansk (*oblasti*) identisch ist. Sie werden hier aus Gründen der Lesbarkeit verwendet. Siehe *Donbas in Flames: Leitfaden zur Konfliktzone* (Lemberg, 2017), 7–16, https://prometheus.ngo/wp-content/uploads/2017/04/Donbas_v_Ogni_ENG_web_1-4.pdf (abgerufen im November 2018).

4

„Rossijsko-ukrainiskaja granica: Dos'e“ (russisch-ukrainische Grenze: Dossier), *TASS*, 19. Juni 2014.

5

Laut Wilson stieg der Anteil der Einwohner von Donezk, die sich mit der Region identifizierten, von 55,7 Prozent im Jahr 1994 auf 69,5 Prozent im Jahr 2004. Der Anteil, der sich als Ukrainer bezeichnete, lag 1994 bei 39,4 Prozent und 2004 bei 42,7 Prozent, als Russen 1994 bei 30,1

Prozent und 21,1 Prozent im Jahr 2004. Andrew Wilson, „Der Donbas im Jahr 2014: Erläutern von Bürgerkonflikten, aber nicht von Bürgerkriegen“, *Europa-Asien-Studien* 68, Nr. 4 (2016): 631–52 (638). Vgl. Auch die Beiträge von Olga Onuch, Henry Hale und Gwendolyn Sasse, Hrsg. "Studying Identity in Ukraine", *Postsowjetische Angelegenheiten* 34, Nr. 2/3 (2018).

6

"Die Auswirkungen von Unternehmensbeschlagnahmen und Handelsaussetzung in Donbass", *Newsletter der Deutschen Beratergruppe Ukraine*, Nr. 106 (August 2017).

7

Sofern nicht anders angegeben, basiert die Beschreibung des Ablaufs auf den von den Länderanalysen veröffentlichten jährlichen Zeitplänen für 2013 bis 2018: Forschungsstelle Osteuropa et al., *Ukraine-Analysen - Chronik*, <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/chronik.php> (Zugriff Januar 2019).

8

Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), *Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine, 15. Mai 2014*, 15, https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/HRMMUR_eport15May2014.pdf (Januar 2019 abgerufen). Die Untersuchung des Vorfalls hat nicht zu einer strafrechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen geführt.

9

Die Rebellen ergriffen Waffen von Gebäuden der Polizei und des Sicherheitsdienstes. Während nach der Rückeroberung der Städte die Rückgabe der Waffen gefordert wurde, glauben lokale Beobachter, dass sich viele weiterhin im illegalen Verkehr befinden. Interviews in Kramatorsk und Sloviansk, März 2018.

10

OHCHR, *Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine, 15. Juni 2014*, 29, <https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/HRMMURReport15June2014.pdf> (abgerufen im Januar 2019). Beobachter berichten von extrem geringer Wahlbeteiligung und geringem Wahlzwang.

11

Informationen zu Untersuchungen, Ergebnissen und Antworten finden Sie im *Joint Investigation Team* unter <https://www.om.nl/mh17-ezine-juni2016/e-zine-en.html> (abgerufen im Dezember 2018).

12

Zu diesem Zeitpunkt war die Stadt Donezk fast vollständig von ukrainischen Streitkräften umzingelt. Der Verlust von Ilovaisk hätte die letzte Versorgungslinie der Sezessionisten von der russischen Grenze nach Donezk unterbrochen. Internationale Krisengruppe (ICG), *Ostukraine: Ein gefährlicher Winter*, Europa Bericht-Nr. 235 (Brüssel, Dezember 2014), 2.

13

Das Minsker Maßnahmenpaket sollte die Kämpfe beenden und einen Friedensprozess einleiten. Doch bevor es am 15. Februar 2015 in Kraft trat, kam es am wichtigen Eisenbahnknotenpunkt in Debaltseve erneut zu heftigen Kämpfen, bis die ukrainischen Streitkräfte die Stadt verließen.

14

OHCHR, *Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine, 16. August 2015 - 15. November 2015*, 2, <https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/12.OHCHRreportUkraine.pdf> (abgerufen im Januar 2019). Heute sprechen die Vereinten Nationen von etwa 10.500 Toten und fast 24.000 Verwundeten, etwa 30 Prozent davon Zivilisten. Aber genaue Zahlen sind schwer zu bekommen. Während das ukrainische Verteidigungsministerium regelmäßig Daten veröffentlicht, gibt es keine überprüfbaren Zahlen von den Rebellen oder Russland. 2016 kritisierte die International Crisis Group alle Seiten, die Opferzahlen herunterzuspielen. ICG, *Ukraine: Die Linie*, Europa / Zentralasien Briefing 81 (18. Juli 2016),

2ff. Im April 2017 hat die Union der Komitees der Soldatenmütter Russlands geschätzt, dass 1.500 russische Soldaten und andere Kämpfer getötet wurden. „Ungefähr 1.500 russische Soldaten seit Frühjahr 2014 in Donbass getötet: Russische NRO“, *UNIAN*, 28. April 2017. Die Zahlen für zivile Opfer basieren auf ukrainischen Informationen und Schätzungen internationaler Organisationen für Gebiete, zu denen sie Zugang hatten. Die tatsächlichen Zahlen sind wahrscheinlich höher. Daten zu Opfern: „Global Conflict Tracker: Konflikt in der Ukraine“, *Website des Council on Foreign Relations*, 6. Dezember 2018, <https://www.cfr.org/interactives/global-conflict-tracker? Marker = 26 #! / Conflict / Konflikt in der Ukraine> (Zugriff Dezember 2018).

15

Laut SMM gab es im Jahr 2016 401.336 Waffenstillstandsverstöße und im Jahr 2017 320.130 Waffen. Waffen, deren Präsenz gegen die Minsker Abkommen verstieß, wurden im Jahr 2016 3.099 Mal und im Jahr 2017 4.065 Mal in der Konfliktzone gesichtet. Beobachter wurden bei der Ausübung ihres Mandats in 1.950 Fällen im Jahr 2016 behindert. und deutlich häufiger - 2.422 Mal - im Jahr 2017. OSZE, *2016 OSZE-SMM-Aktivitäten in Zahlen*, 6. Februar 2017, <http://www.osce.org/ukraine-smm/298131> (abgerufen im November 2018); OSZE, *2017 OSZE-SMM-Aktivitäten in Zahlen*, 26. Februar 2018, <http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/368246> (Zugriff auf November 2018).

16

Siehe Susan Stewart, *Asowsches Meer: Neues Eskalationspotenzial zwischen Russland und der Ukraine*, SWP Kurz gesagt (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 22. August 2018).

17

Bei der „externen Verwaltung“ übernahmen die Separatisten die Unternehmensführung ohne formellen Eigentümerwechsel. Moskau hat sie anscheinend davon abgehalten, von „Verstaatlichung“ zu sprechen, um den Geist der Minsker Vereinbarungen nicht zu verletzen.

18

"Die Auswirkungen von Unternehmensbeschlagnahmen und Handelsaussetzung in Donbas" (siehe Anmerkung 6). Vertreter der Wirtschaft wiesen darauf hin, dass der Wert von Anlagen und Ausrüstungen nach den Enteignungen aufgrund der verringerten Inanspruchnahme und des Mangels an Investitionen und Instandhaltung rapide zurückgegangen sei. Infolgedessen sei es zunehmend unwahrscheinlich, dass der Betrieb wieder aufgenommen werde, wenn das Embargo aufgehoben würde. Interviews in Kiew und Kramatorsk, März 2018.

19

Website der OSZE-Sonderüberwachungsmission in der Ukraine, <https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine> (abgerufen im November 2018).

20

Die Arbeit des SMM wird durch das Joint Centre for Control and Coordination (JCCC) ergänzt. Diese aus ukrainischen und russischen Offizieren bestehende Kontaktgruppe ist seit Herbst 2014 für die Sicherheit der Mission verantwortlich. Russland trat im Dezember 2017 aus dem JCCC zurück und gab an, seine Offiziere seien schlecht behandelt worden. Während Beobachter einräumten, dass die russischen Beschwerden etwas Wahres enthielten, interpretierten sie Moskaus Entscheidung als einen weiteren Versuch, die Ukrainer in direkten Kontakt mit den Machthabern in Donezk und Luhansk zu bringen. Interviews mit Teilnehmern der Gespräche, 2017 und 2018.

21

Claus Neukirch, „Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine: Operative Herausforderungen und neue Horizonte“, in *OSZE-Jahrbuch 2014*, Hrsg. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) (Baden-Baden, 2015), 205–221 (206). Die OSZE hat auch Beobachter, die nicht an zwei russischen Kontrollposten an der russisch-ukrainischen Grenze der SMM angeschlossen sind (ebd., 214).

22

- 23 Siehe OSZE-Sonderüberwachungsmission in der Ukraine, „ *Statusbericht vom 1. Oktober 2018*“, Oktober 2018, [https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/398813?Download = true](https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/398813?Download=true) (Zugriff auf November 2018).
- 24 Vladimir Socor, „Surkov-Nuland-Gespräche über die Ukraine: Ein nicht transparenter Kanal“, *Eurasia Daily Monitor* 13, Nr. 103 (27. Mai 2016).
- 25 *Protokol po itogam konsulacij Trechstoronnoj kontaktnoj grupy otnositel'no sovmestnych Shagov, napravlennykh na Mirnogo plana prezidenta Ukrainy P. Poroschenko i itiniativ prezidenta Rossii V. Putina implementaciju* [Protokoll über die Ergebnisse der Konsultationen der Trilateralen Kontaktgruppe über gemeinsame Schritten Frieden zu implementieren Plan des ukrainischen Präsidenten P. Poroshenko und die Initiative des russischen Präsidenten V. Putin], 5. Februar 2014, <http://www.osce.org/ru/home/123258?download=true> (abgerufen im Dezember 2018). Ein Memorandum zur Konkretisierung bestimmter Punkte wurde am 19. September 2014 unterzeichnet.
- 26 Das Maßnahmenpaket vom 15. Februar wurde von einer politischen Erklärung der Gruppe Normandie begleitet. Beide Texte sind in der *Resolution 2202 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen* zu finden, in der die *Vertragsparteien einstimmig aufgefordert werden, Vereinbarungen umzusetzen, die auf eine friedliche Beilegung in der Ostukraine abzielen*, 17. Februar 2015, <http://www.un.org/press/en/2015/sc11785.doc.htm> (Zugriff auf Dezember 2018).
- 27 Das Rückzugsabkommen sah vor, dass sich alle Streitkräfte einen Kilometer von der Kontaktlinie zurückziehen und alle schweren Waffen zunächst in drei abgegrenzten Gebieten (Petrivske und Solote in der Region Donezk, Stanytsia Luhanska in der Region Luhansk) vollständig zurückziehen sollten. Das Abkommen sah die Umsetzung innerhalb eines Monats vor, gefolgt von der Einrichtung von vier weiteren Rückzugsgebieten bis Ende Oktober 2016. Das Abkommen wurde wie geplant in Solote und Petrivske umgesetzt, scheiterte jedoch in Stanytsia Luhanska, nachdem die Ukraine sich geweigert hatte, ihre Streitkräfte zurückzuziehen (was sind bis heute erhalten geblieben). Siehe OSZE, *Rahmenbeschluss der Trilateralen Kontaktgruppe zum Abbau von Kräften und Hardware*, 21. September 2016, <http://www.osce.org/cio/266266> (Zugriff auf November 2018).
- 28 Stephanie Liechtenstein, „OSZE-Ministerrat in Mailand: Unterschiede ausdrücken, statt sie zu lösen“, *Sicherheits- und Menschenrechtsmonitor*, 11. Dezember 2018, [https://www.shrmonitor.org/osce-ministerial-council-in-milan-expressing- Unterschiede, anstatt sie zu lösen](https://www.shrmonitor.org/osce-ministerial-council-in-milan-expressing-Unterschiede,anstatt-sie-zu-loesen) (Zugriff Januar 2019). Zum Inhalt der Arbeit siehe „Sondergesandter Sajdik: Haben Sie neuen Plan zur Lösung der Ukraine-Krise“, *Kleine Zeitung*, 24. Januar 2019; *Zver 'u Vorot*, 5. Februar 2019, [http://project.liga.net/projects/ beast_at_the_gates /](http://project.liga.net/projects/beast_at_the_gates/) (Zugriff auf Februar 2019).
- 29 Putins Initiative löste jedoch eine intensive internationale Diskussion zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus, die zu konkreten Vorschlägen für eine mögliche UN-Friedensmission führte. Siehe ICG, *können Friedenstruppen die Sackgasse in der Ukraine überwinden?* (Brüssel, Dezember 2017); Richard Gowan, *können die Vereinten Nationen die Ukraine vereinen?* (Washington, DC: Hudson Institute, Februar 2018).
- 30 Interviews mit Teilnehmern der Gespräche, 2017 und 2018.

Der Zugang zu den Volksrepubliken wurde seit 2016 drastisch eingeschränkt. Während einer Forschungsreise nach Kiew und in den Donbass im März 2018 versuchte der Autor, nach Donezk zu reisen, um Interviews zu führen. Die Einreisebewilligung wurde ihm jedoch verweigert. Die vorliegende Analyse der Situation in den umstrittenen Gebieten basiert daher auf Medienberichten, Sekundärliteratur und Interviews mit Personen, die regelmäßig dorthin reisen.

31

Thomas de Waal, *Unsicherer Grund: Zusammenarbeit mit den De-Facto-Staaten und Breakaway-Territorien Europas* (Brüssel: Carnegie Europe, November 2018). Siehe auch die Beiträge in James Ker-Lindsay und Eiki Berg, Hrsg., „Engagement ohne Anerkennung: Die Politik der internationalen Interaktion mit De-Facto-Staaten“, *Ethnopolitics* 17, No. 4 (2018): 335–442.

32

In Anbetracht dieser fehlenden Unabhängigkeit werden konfliktrelevante Narrative (anders als in den folgenden Kapiteln zur Ukraine und zu Russland) nicht diskutiert. Die Separatisten in Donezk und Luhansk operieren in einem von Moskau definierten diskursiven Rahmen.

33

Nina Caspersen, *Nicht anerkannte Staaten* (Cambridge, 2012), 76f.

34

Siehe zum Beispiel Nikolay Mitrochin, „Infiltration, Instruktion, Invasion: Russlands Krieg in der Ukraine“, *Osteuropa* 64, Nr. 8 (2014): 3–16.

35

Dies entspricht weitgehend der offiziellen russischen Auslegung.

36

Siehe Steffen Halling und Susan Stewart, *Ukraine in der Krise: Herausforderungen bei der Entwicklung einer neuen politischen Kultur*, SWP Comment 185/2014 (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2014); Ulrich Schneckener, „Hybrider Krieg in Zeiten der Geopolitik? Zur Deutung und Charakterisierung des Donbas-Konflikts“, *Politische Vierteljahrsschrift* 57, nr. 1 (2016): 586–613. Bruno de Cordier spricht in „Der Vendée-Krieg in der Ukraine? Ein Blick auf die Widerstandsidentität des Aufstands im Donbas“, *Ukraine-Analysen*, Nein. 175 (9. November 2016): 2–6. Andrew Wilson sieht umfangreiche russische Manipulationen, räumt jedoch ein, dass Kiews Vernachlässigung und die ausbeuterische Politik der ostukrainischen Oligarchen Teile der Bevölkerung im Frühjahr 2014 auf die Straße gaben. Wilson, „The Donbas in 2014“ (siehe Anmerkung 5). Eine ähnliche Einschätzung teilt Konstantin Skorkin in *Eine Gegenelite übernimmt die Macht - Die neuen Führer des Donbass* (Moskau: Carnegie Moscow Center, 16. Februar 2018), <http://carnegie.ru/commentary/75549> (abgerufen im November 2018).

37

Siehe die von der ukrainischen Zeitung *Zerkalo Nedeli* im April 2014 durchgeführte Umfrage: „Jugo-Vostok: vet 'dreva nashego“ (Der Südosten ist unser gemeinsames Elternhaus), *Zerkalo Nedeli*, 18. April 2014; Gwendolyn Sasse, *Der Donbass - Zwei Teile oder noch einer?* ZOiS-Bericht 2/2017 (Berlin: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien [ZOiS], Mai 2017).

38

Die ostukrainischen Oligarchen, allen voran Rinat Akhmetov, verschärften die Spannungen, indem sie zwischen der Unterstützung von Kiyv und den Rebellen pendelten. Maksim Vichrov und Maksim Butchenko, *Fenomen narodnykh respublik Donbassa*, (Moskau: Carnegie Moscow Center, 12. April 2016), <https://carnegie.ru/2016/04/12/ru-pub-63295> (abgerufen im November 2018). Interviews mit Augenzeugen, Kramatorsk und Sloviansk, März 2018.

39

Für eine detaillierte Behandlung siehe Nikolay Mitrochin, „Transnationale Provokation: Russische Nationalisten und Geheimdienstler in der Ukraine“, *Osteuropa* 64, Nr. 5/6 (2014): 157–74 (158ff.).

40

- 41 “Kto est 'kto na rukovodjashzhich dolzhnostjach DNR, LNR i Novorosii”, *RIA Novosti* , 5. September 2014.
- 42 “Biografija Igorja Plotnitskogo”, *RIA Novosti* , 20. August 2014.
- 43 Nikolay Mitrochin, „Diktaturtransfer im Donbas: Gewalt und Staatsbildung in russischen Volksrepubliken“, *Osteuropa* 67 nr. 3/4 (2017): 41–66.
- 44 “Zachar, 'Motorola', 'Givi', 'Betmen' und Droge: Wie und warum die Kämpfer in der Hybride Krieg in der Ukraine im Hinterland gestorben], *Novaya Gazeta* , 31. August 2018.
- 45 Nikolaus von Twickel, „Entwicklungen bei DNR und LNR: 12. Oktober - 28. November 2017“, *Newsletter 25 zur Überwachung der Bürger* , [http://www.civicmonitoring.org/developments-in-dnr-and-lnr-23- August-20-Oktober-2017-Newsletter-24 /](http://www.civicmonitoring.org/developments-in-dnr-and-lnr-23- August-20-Oktober-2017-Newsletter-24/) (abgerufen November 2018).
- 46 Beide waren praktisch unangefochten, da andere bekannte Separatisten daran gehindert wurden, zu stehen. "Ukraine plevat ", da nam i tozhe", *Novaya Gazeta* , 12. November 2018.
- 47 Augenzeugen berichten von einem ausgewachsenen Personenkult um Zakharchenko in der DVR.
- 48 Daniil Sotnikov, „Zacharchenko sam naznachaet sebja glavoj Malorossii“ (Zacharchenko erklärt sich selbst zum Führer von Malorossiya), *TVRain* , 18. Juli 2017.
- 49 Nikolaus von Twickel, „Zum Hintergrund des Attentats auf Alexander Sachartschenko“, in: *Ukraine Verstehen* , 7. September 2018, <https://ukraineverstehen.de/sachartschenkos-attentat/> (abgerufen im November 2018).
- 50 “Kto takoj Pasechnik i kakoj konflikt byl u nego s Plotnitskim“ [Wer Pasechnik ist und seine Konflikte mit Plotnitsky], *DNR24* , 16. November 2018.
- 51 2013 trat er erfolglos für einen Sitz in der Verchovna Rada an.
- 52 *Konstitutsija Donetskoy Narodnoj Respubliki* , [https://nslnr.su/zakonodatelstvo / konstitutsiya /](https://nslnr.su/zakonodatelstvo/konstitutsiya/) [Verfassung der Volksrepublik Donezk] (abgerufen im November 2018); *Konstitutsija Luganskoj Respubliki* (Verfassung der Volksrepublik Lugansk), <https://dnrsovet.su/konstitutsiya/> (abgerufen im November 2018).
- 53 Mitrochin, "Diktaturtransfer im Donbas" (siehe Anmerkung 42), 41.
- 54 Die offiziellen Websites von DNR finden Sie unter <https://dnr-online.ru/> (abgerufen im November 2018) und von LNR unter <https://glava-lnr.info/> (abgerufen im November 2018).
- 55 Anton Shechovtsov, „Auslandsbeobachtung der illegitimen Parlamentswahlen in der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk im November 2018“, Website der *Europäischen Plattform für demokratische Wahlen* , 13. November 2018.
- 56 OSZE, *Zugang zu Gerichten und der Konflikt in der Ukraine* , OSZE-SMM-Themenbericht (Dezember 2015), <https://www.osce.org/ukraine-smm/212311?download=true> (Zugriff auf Januar 2019).

- Interviews in Kiew, Kramatorsk und Sloviansk, März 2018.
- 57 Amnesty International und Human Rights Watch gibt es *nicht: Willkürliche Inhaftierungen, Verschwindenlassen und Folter in der Ostukraine* (London, 2016), https://www.amnesty.org/download/Documents/EUR_5044552016_ENGLISH.PDF (Zugriff Januar 2019). Interviews mit Opfern, Kiew, März 2018.
- 58 Anders Aslund, „Kreml-Aggression in der Ukraine: Der Preis“, *Atlantic Council*- Website, März 2018, 7. Das ukrainische BIP ist 2014 um 6,5 Prozent geschrumpft. Die deutsche Beratergruppe für die Ukraine schrieb etwa die Hälfte des Rückgangs den Kämpfen in Donbass zu. „Vertiefung der Rezession aufgrund der Lage in der Ostukraine“, *Newsletter der Deutschen Beratergruppe*, Nr. 72 (Oktober 2014).
- 59 ICG, *Russland und die Separatisten in der Ostukraine*, Europa und Zentralasien Briefing 79 (Brüssel und Kiew, 5. Februar 2016), 5ff.
- 60 „Rassledovanie RBK: Na ch'i den'gi zhivet Donbass“, *RBK*, 15. Juni 2015; „Kak vyzhivaet biznes v Donbasse“ (Wie Unternehmen in Donbas überleben), *Meduza*, 18. Februar 2015.
- 61 Die Unternehmen von Rinat Akhmetov gaben an, vor ihrer Enteignung bis zu 120.000 Menschen beschäftigt zu haben und mehr Menschen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Interviews in Kiew, März 2018. Siehe Natalia Mirimanova, *Verlorene Geschäftsmöglichkeiten... und Gefunden: Kleine und mittlere Unternehmen von Donbass als Antwort auf den Konflikt* (Genf: Zentrum für humanitären Dialog, November 2016); Natalia Mirimanova, *Wirtschaftliche Konnektivität über die Kontaktlinie im Donbass, Ukraine: Eine nicht ausreichend genutzte Ressource für die Konfliktlösung* (Genf: Zentrum für humanitären Dialog, September 2017).
- 62 Transparency International und NAKO [überschreiten die Grenze : Wie der illegale Handel mit besetzten Donbas die Integrität der Verteidigung untergräbt](https://nako.org.ua/wp-content/uploads/2017/11/Crossing_the_line.-Wie-der-illegale-Handel-mit-besetztem-Donbas-untergräbt....pdf) (2017), [https://nako.org.ua/wp-content/uploads/2017/11/Crossing_the_line.-Wie-der-illegale-Handel-mit-besetztem-Donbas-untergräbt pdf](https://nako.org.ua/wp-content/uploads/2017/11/Crossing_the_line.-Wie-der-illegale-Handel-mit-besetztem-Donbas-untergräbt....pdf) (abgerufen im November 2018).
- 63 Katherina Bosko, „Post-Minsk-Realität: Die Folgen der Donbas-Blockade durch ukrainische Rechtsradikale und die Nationalisierung von Unternehmen durch die Volksrepubliken“, *Ukraine-Analysen*, No. 184 (10. Mai 2017): 2–6 (3).
- 64 Interviews mit Wirtschaftsvertretern in Kiew, März 2018.
- 65 Die Beschreibung des ukrainischen Donbas-Diskurses stützt sich in hohem Maße auf die Ergebnisse von 25 Interviews mit politischen Akteuren, Experten und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, die der Autor im März 2018 in Kiew durchgeführt hat, sowie auf die Teilnahme an Seminaren und Dialogprozessen zum Konflikt Eine sehr nützliche tabellarische Übersicht über die Positionen der im ukrainischen Parlament vertretenen Parteien, der Verchovna Rada, bietet eine Umfrage der Wochenzeitung *Zerkalo Nedeli*: „Put 'domoj“ [Der Weg nach Hause], *Zerkalo Nedeli*, 13. Juni 2018.
- 66 Siehe auch Katharine Quinn-Richter, „*Um die Ukraine wieder zu vereinen, muss Kiew seine eigenen Vorurteile überwinden*“, Kommentar der Krisengruppe (online) (20. März 2018).
- 67

„Der Mainstream hat kein Verständnis für die Menschen in den Territorien, dass sie Ukrainer sind und dass ihnen geholfen werden muss. Die Verantwortung für sie ist weder ein Konzept für die Lösung dieser Frage noch für die soziale Frage.“ Zitat aus einem Interview des Autors in Kiew, März 2018.

68

Proekt Zakonu pro zaboronu kolaboratsionizmu, Verchovna Rada Ukraini, 9. März 2017, http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc4_1?pf3511=61312 (Zugriff auf November 2018). Siehe auch Arsen Avakov, „Kollaboratsionizm i amnistija: Neobchodimost 'obshzhestvennogo dialoga'“, *Ukrainskaja Pravda*, 6. Juni 2018.

69

Siehe auch ICG, *Niemand will uns: Die entfremdeten Zivilisten der Ostukraine*, Europa-Bericht 252 (Kiew und Brüssel, 1. Oktober 2018), 7ff.

70

Roland Hackenberg, „Dezentralisierungsreform in der Ukraine“, *Ukraine verstehen*, 5. November 2018, <https://ukraineverstehen.de/dezentralisierungsreform-ukraine/> (abgerufen im November 2018).

71

<https://www.youtube.com/watch?v=06neB6LZJyg> (Zugriff auf April 2019).

72

Zur Geschichte und Bedeutung der Milizen siehe Huseyn Aliyev, „Bewaffnete Freiwilligenbataillone: Informelle Machthaber in der Ukraine“, *Ukraine-Analysen*, Nr. 205 (25. September 2018): 2ff.

73

"Analyse: Faktencheck: Die Umsetzung der Minsker-Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt" (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 4. Mai 2015), <http://www.bpb.de/205903/analyse-faktencheck-die-umsetzung-der-minsker-vereinbarungen-zum-donbass-konflikt> (Zugriff Dezember 2018).

74

Eine Dokumentation des Gesetzes finden Sie unter „Gesetz über den Sonderstatus einzelner Bezirke der Region Donezk und Luhansk (16.09.2014)“, *Ukraine-Analysen*, Nr. 136 (17. September 2014): 9f.

75

Das Gesetz über den Sonderstatus von Donbas löst Empörung und Protest aus, das *Atlantic Council Digital Forensic Research Lab*, 6. Oktober 2017, <https://medium.com/dfrlab/donbas-special-status-law-sparks-outrage-protests-21068354af5c> (abgerufen im November 2018).

76

Die De-facto-Führungen in Donezk und Luhansk forderten die Teilnahme an der Verfassungsdebatte. Kiew lehnte dies mit der Begründung ab, sie seien durch Terror an die Macht gekommen und hätten keine Wahlberechtigung. Stattdessen, so Kiew, würden legitime Vertreter aus den Regionen Donezk und Luhansk in die Diskussionen einbezogen.

77

Nastya Stanko und Maksym Kamenev, „Wie Poroshenko das unpopuläre Donbas-Sonderstatusgesetz verabschiedete“, *Hromadske*, 7. Oktober 2017.

78

„Der Präsident hat ein Gesetz über die Besonderheiten der staatlichen Politik zur Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine in den vorübergehend besetzten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk unterzeichnet“, Offizielle Website des ukrainischen Präsidenten Petro Poroshenko, 20. Februar 2018, <https://www.president.gov.ua/de/news/prezident-pidpisav-zakon-pro-osoblivosti-derzhavnoyi-politik-45950> (Zugriff auf November 2018). Allgemein bekannt als Deoccupation- oder Reintegrationsgesetz in politischen und medialen Kontexten.

79

"Keine ATO mehr, noch kein Krieg: Ukraine verabschiedet umstrittenes Donbas-Reintegrationsgesetz", *Euromaidan Press*, 18. Januar 2018. Interviews mit Abgeordneten der Regierungs- und Oppositionsparteien, Kiew, März 2018.

80

Außenministerium der Russischen Föderation, "Kommentar der Abteilung für Information und Presse zur Unterzeichnung des Donbas-Reintegrationsgesetzes durch den Präsidenten der Ukraine", 24. Dezember 2018, http://www.mid.ru/de/Auslandsrichtlinie/news/-/asset_publisher/ckNonkJE02Bw/content/id/3090905 (Zugriff auf November 2018).

81

Kreml [offizielle Website], „Wladimir Putin beantwortete die Fragen der Journalisten zur Lage in der Ukraine“, 4. März 2014, <http://kremlin.ru/events/president/news/20366> (abgerufen im November 2018).

82

Kreml [offizielle Website], „Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation“, 18. März 2014, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/20603> (Zugriff auf November 2018).

83

Zur rechtlichen Argumentation Russlands siehe Christian Schaller, *Völkerrechtliche Argumentationslinien in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik: Russland, der Westen und das Nahe Ausland*, SWP-Studie 10/2018 (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2018).

84

Gleiches gilt grundsätzlich für das Engagement Russlands im Nahen Osten.

85

Die russischen Befragten erwähnten wiederholt die Forderung des ehemaligen Präsidenten Medwedew nach einer „neuen europäischen Sicherheitsarchitektur“.

86

Siehe Kremlin [offizielle Website], „*Treffen des Valdai International Discussion Club*“ (mit Wladimir Putin), 18. Oktober 2018, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/58848> (abgerufen im Dezember 2018).

87

Sabine Fischer, „Russische Politik in den ungelösten Konflikten“, in *Not Frozen! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Berg-Karabach angesichts der Krise um die Ukraine*, hrsg. Sabine Fischer, SWP Research Paper 9/2016, 9–24 (12–24) (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2016).

88

Kreml [offizielle Website], „Prjamaja Linijas Vladimirom Putinym“ [Direktverbindung mit Vladimir Putin], 16. April 2015, <http://kremlin.ru/events/president/news/49261> (abgerufen im November 2018). Ganz im Gegensatz zur russischen Intervention auf der Krim. In einem Dokumentarfilm, der im März 2015 zum ersten Mal im russischen Staatsfernsehen ausgestrahlt wurde, beschreibt Putin detailliert die „Notwendigkeiten“ und den Entscheidungsprozess, die zu den Militäroperationen auf der Krim geführt hatten. Dabei bestätigte er offiziell, dass dort im März 2014 russische Soldaten stationiert waren. „Krym: Put 'na rodinu“, <https://www.youtube.com/watch?v=t42-71RpRgl> (Zugriff auf November 2018).

89

Siehe Igor Sutyagin, *Russische Streitkräfte in der Ukraine*, RUSI Briefing Paper (London: Royal United Services Institute für Verteidigungs- und Sicherheitsstudien [RUSI], März 2015); Maksymilian Czuperski et al., *Atlantikrat*, September 2015; Sean Case und Klement Anders, „Putins nicht erklärter Krieg: Artillerie-Streiks im Sommer 2014 gegen die Ukraine“, *Bellingcat*, 2014. Bellingcat führte im Juli 2014 besonders umfangreiche Untersuchungen zum Absturz des malaysischen Passagierflugzeugs durch. Siehe zahlreiche Beiträge unter <https://www.bellingcat.com> und ein umfassender Bericht: „MH17: Die Open

Source-Untersuchung drei Jahre später“ , Bellingcat , Juli 2017, [https:// www. bellingcat. com/ wp- content/ uploads/ 2017/ 07/ mh17- 3rd- anniversary- report. pdf](https://www.bellingcat.com/wp-content/uploads/2017/07/mh17-3rd-anniversary-report.pdf) (abgerufen im November 2018). In Russland leitete *Novaya Gazeta* die Berichterstattung über russische Militäreinsätze in der Ukraine. Der Oppositionspolitiker Boris Nemtsov erarbeitete zusammen mit einer Expertengruppe einen Bericht über den Krieg in Donbass. Es wurde später vermutet, dass dies ein Grund für sein Attentat im Februar 2015 in Moskau gewesen sein könnte. Der Bericht wurde posthum veröffentlicht: *Putin: Voina, Nezavisimyj ekspertnyj doklad: Po materialam Borisa Nemtsova* [Putin: Krieg: Unabhängiges Gutachten auf der Grundlage von Materialien von Boris Nemtsov] (Moskau, Mai 2015).

90

Allgemein bekanntes Filmmaterial, das von einer SMM-Drohne aufgenommen und im August 2018 von der Mission veröffentlicht wurde, zeigt zwei Lastwagenkonvois, die die Grenze zwischen Russland und der NGCA in beide Richtungen überqueren und dabei offizielle Überfahrten vermeiden und unbefestigte Straßen befahren. Die Fahrzeuge wurden nicht als humanitäre Hilfsgüter ausgewiesen. Am selben Tag gab die Mission bekannt, ein provisorisches Militärlager in der Nähe der russischen Grenze in der NGCA Luhansk entdeckt zu haben. OSZE, *Neueste Informationen der OSZE-Sondermission zur Beobachtung in der Ukraine (SMM)* , 8. August 2018, [https:// www. osce. org/ special- monitoring- mission- to- ukraine/ 390179](https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/390179) (Zugriff auf November 2018).

91

Siehe auch ICG, *Russland und die Separatisten in der Ostukraine* (siehe Anmerkung 59), 12ff.

92

„Novye starye kuratory: pochemu moskva ne ostavit Donbass bez pomoshchi“ (Die neuen alten Kuratoren: Warum Moskau Donbass nicht verlässt), *RBK* , 15. Juni 2018.

93

Nikolaus von Twickel, *Jahresbericht über die Ereignisse in den „Volksrepubliken“ der Ostukraine 2017* (Berlin: Deutsch-Russischer Austausch eV [DRA], 2018), [http:// www. austausch. org/ files/ DRA/ Publikationen/ Menschenrechts- Monitoring/ Annual_ report_ NGCAs_ 2017. pdf](http://www.austausch.org/files/DRA/Publikationen/Menschenrechts-Monitoring/Annual_report_NGCAs_2017.pdf) (abgerufen im November 2018).

94

ICG, *Russland und die Separatisten in der Ostukraine* (siehe Anmerkung 59), 14.

95

Für weitere Einzelheiten siehe Fischer, „Russian Policy“ (siehe Anmerkung 87), 20ff.

96

Paul Goble, „Moskau kann sich keine südossetische Strategie im Donbas der Ukraine leisten“, *Eurasia Daily Monitor* 14, Nr. 94 (18. Juli 2017).

97

Ukaz o priznanii dokumentov , 18. Februar 2017, <http://www.kremlin.ru/acts/news/53895> (Zugriff auf November 2018). Der russische Botschafter bei der OSZE erklärte einen Monat später, Russland werde die Anerkennung widerrufen, wenn die Ukraine ihren Verpflichtungen aus den Minsker Abkommen nachkomme. "MID Rossii rasskazal o vozmozhnoj otmene priznanija dokumentov DNR i LNR", *Novaya Gazeta* , 17. März 2017.

98

„V Gosdume predlozhili uprostit 'poluchenije grazhdanstva dlja DNR i LNR“, *Novaya Gazeta* , 25. April 2017.

99

Dies bedeutet natürlich nicht, dass niemand mit russischer Staatsbürgerschaft in den umstrittenen Gebieten lebt. Angesichts der Tatsache, dass die ukrainische Verfassung die doppelte Staatsbürgerschaft zulässt, ist es wahrscheinlich, dass eine bedeutende Anzahl von Ukrainern in der Zeit zwischen dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Verschärfung der russischen Einbürgerungsgesetze Ende der neunziger Jahre russische Pässe erhalten

hat. Genaue Zahlen liegen jedoch nicht vor. Thomas Hoffmann und Archil Chochia, „Die Institution der Staatsbürgerschaft und Praktiken der Passportierung in der europäischen Nachbarschaftspolitik Russlands“, in *Russland und der EU: Spaces of Interaction*, hrsg. Thomas Hoffmann und Andrey Makarychev, 223–38 (232f.) (London und New York, 2019).

100

Nikolaus von Twickel, „Analyse: Donbass: Sind die Volksrepubliken Marionettenstaaten?“ (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 23. Mai 2018), <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/269571/analyse-donbass-sind-die-volksrepubliken-marionettenstaaten> (Zugriff November 2018).

101

Weitere Einzelheiten finden Sie unter „Partner u nas odin - Rossijskaja Federacija“ (Wir haben nur einen Partner - die Russische Föderation), *Kommersant Vlast*, 6. Mai 2017.

102

Ebd.

103

Für einen systematischen Vergleich der „alten“ ungelösten Konflikte siehe Sabine Fischer, „Schlussfolgerungen und Empfehlungen: Europäische Friedenspolitik in den ungelösten Konflikten“, in *Not Frozen!* ed. Fischer, 81–93 (87–93) (siehe Anmerkung 87).

104

Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN OCHA), *Ukraine Humanitarian Needs Overview 2018* (November 2017), 10, <https://www.humanitarianresponse.info/en/operations/ukraine/document/ukraine-2018-humanitarian-needs-overview-hno> (Zugriff auf November 2018). Der dramatische Anstieg ist teilweise auf das Wirtschaftsembargo zurückzuführen, das den NCGA im März 2017 auferlegt wurde.

105

Vereinte Nationen in der Ukraine, *Humanitarian Response Plan Ukraine 2018* (4. Dezember 2017), 21, <http://www.un.org.ua/de/Resident-Coordinator-System/Humanitarian-Response> (Zugriff auf November 2018).

106

Veronique Barbelet, *Humanitärer Zugang und lokale Organisationen in der Ukraine*, HPG Working Paper (London: Humanitarian Policy Group, September 2017).

107

ICG, *niemand will uns* (siehe Anmerkung 69), 4.

108

Interviews mit Vertretern von Regierungs- und Oppositionsparteien in Kiew, einschließlich Mitgliedern der Verchovna Rada; Interviews in Kramatorsk und Sloviansk, März 2018.

109

Interview mit Vertretern des Ministeriums, Kiew, März 2018. Interviews mit Vertretern humanitärer Organisationen in Kiew, Kramatorsk und Sloviansk, März 2018. Siehe auch ICG, *Ukraine: The Line* (siehe Anmerkung 14), 2f.; ICG, *niemand will uns* (siehe Anmerkung 69), 7f.

110

Inna Volosevych und Tetiana Kostiuhenko „Desk Research der Befragung von IDPs“ (UN - Hochkommissariat für Flüchtlinge [UNHCR] / GfK, im Dezember 2017), reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/gfk_unhcr_desk_report_final.pdf (Zugriff auf November 2018). Zuverlässige Informationen zur Anzahl der Binnenvertriebenen in den NCGAs sind nicht verfügbar.

111

Im Jahr 2014 erhielt kein Land mehr Asyl- und Flüchtlingsanträge als Russland. Etwa 90 Prozent der Anträge wurden in diesem Jahr genehmigt. UNHCR, *World At War: Globale Trends:*

- Vertreibung im Jahr 2014 (Genf, Juni 2015), <https://www.unhcr.org/556725e69.pdf> (abgerufen im Januar 2019).
- 112 UNHCR, *Globale Trends: Vertreibung 2017* (Genf, Juni 2018), <http://www.unhcr.org/globaltrends2017/> (Zugriff auf November 2018).
- 113 UN OCHA, *Ukraine Humanitarian Needs Overview 2018* (siehe Anmerkung 104), 8.
- 114 UNHCR, *Mehrjährige Strategie für Schutz und Lösungen für mehrere Partner in der Ukraine , 2018–2020* (Genf, 8. Januar 2018), 2, http://www.unhcr.org/ua/wp-content/uploads/sites/38/2018/06/Ukraine-MYMP-Schutz-und-Lösungsstrategie-2018_2022_FINAL.pdf (abgerufen im November 2018).
- 115 Vereinte Nationen in der Ukraine, *Renten für Binnenvertriebene und Personen, die in Gebieten leben, die nicht von der Regierung im Osten der Ukraine kontrolliert werden* , UN Briefing Note (Dezember 2017), http://www.humanitarianresponse.info/sites/www.humanitarianresponse.info/files/documents/files/briefing_note_on_pensions_en.pdf (abgerufen im November 2018).
- 116 Interviews in Kiew, März 2018.
- 117 UN, *Renten für Binnenvertriebene* (siehe Anmerkung 115). Das ukrainische Verfassungsgericht entschied im Oktober 2018, dass die bestehende Praxis verfassungswidrig sei. Dies hat jedoch bisher nicht zur Verabschiedung des Gesetzentwurfs geführt. UNHCR Legislative Update, Oktober 2018, http://www.humanitarianresponse.info/sites/www.humanitarianresponse.info/files/documents/files/2018_10_legislative_update_eng.pdf (abgerufen im Januar 2019).
- 118 Internationale Organisation für Migration, *Nationaler Bericht über das Überwachungssystem für Binnenvertriebene* (März 2018), 7, <http://www.iom.org.ua/de/nationales-Überwachungssystem-berichtssituation-internal-verlegt-Personen-März-2018> (abgerufen November 2018).
- 119 Augenzeugen berichten von Einschränkungen der Mobilität bestimmter Berufe wie Ärzte und Lehrer seit 2017. Interviews in Kramatorsk und Sloviansk, März 2018.
- 120 UN OCHA, *Ukraine: Checkpoints - Humanitarian Snapshot* (16. Juli 2018), <https://reliefweb.int/report/ukraine/ukraine-checkpoints-humanitarian-snapshot-16-july-2018> (Zugriff auf Januar 2019).
- 121 UNHCR, *Crossing the Line of Contact: Überwachungsbericht* (Februar 2018), https://www.humanitarianresponse.info/sites/www.humanitarianresponse.info/files/documents/files/report_eecp_february_2018_eng_1.pdf (abgerufen im November 2018).
- 122 UN OCHA, *Ukraine Humanitarian Needs Overview 2018* (siehe Anmerkung 104).
- 123 The Halo Trust, *Ukraine* , <http://www.halotrust.org/where-we-work/europa-und-kaukasus/ukraine/> (Zugriff auf November 2018).
- 124 OHCHR, *Bericht über die Menschenrechtssituation in der Ukraine, 16. Februar 2018 - 15. Mai 2018* (20. Juni 2018), 9, <https://reliefweb.int/report/ukraine/report-human-rights-situation-ukraine-16-Februar-15-Mai-2018-enruuk> (Zugriff auf November 2018).

125

OHCHR , *Erklärung zu den humanitären Auswirkungen des fortgesetzten Beschusses in der Nähe der Donetsk-Filterstation* (14. Mai 2018), reliefweb.int/report/ukraine/unresident-coordinator-and-humanitarian-coordinator-ukraine-neal-walker-statement-0 (Zugriff auf November 2018). Siehe auch Sophie Lambroschini, *Krieg und Wasser im Donbass* , ZOiS Spotlight 35/2018 (Berlin: ZOiS, 17. Oktober 2018).

126

OSZE, *Not für von Konflikten betroffene Zivilbevölkerung in der Ostukraine* , OSZE-Sonderbericht über Überwachungsmission (Februar 2017), 3ff., <https://www.osce.org/ukraine-smm/300276?Download=true> (abgerufen im Januar 2019) ; ICG, *Niemand will uns* (siehe Anmerkung 69), 19ff.

127

Barbelet, *Humanitarian Access* (siehe Anmerkung 106).

128

Interviews in Kyiv, Kramatorsk und Sloviansk, März 2018. Einige Befragte beklagten sich beispielsweise, dass die zivil-militärischen Verwaltungen zwar regelmäßige Treffen mit humanitären Organisationen organisiert hätten, die Verpflichtungen zur Umsetzung jedoch nicht eingehalten hätten.

129

UN OCHA, *Ukraine Humanitarian Needs Overview 2018* (siehe Anmerkung 104), 11.

130

Humanitäre Organisationen führen dies auf die „Spionageparanoia“ derjenigen zurück, die eine wirksame Kontrolle ausüben, und auf ihren Wunsch, den direkten Kontakt zwischen internationalen humanitären Organisationen und der Bevölkerung der Gebiete zu verhindern. Interviews in Kiew, Kramatorsk und Sloviansk, März 2018.

131

Barbelet, *Humanitarian Access* (siehe Anmerkung 106), 6f.

132

Ebenda, 16.

133

Interviews in Kiew, Kramatorsk und Sloviansk, März 2018. Siehe auch *Otchet gumanitarnogo shtaba Rinata Achmetova 2017* [Bericht 2017 des humanitären Personals von Rinat Akhmetov], http://www.fdu.org.ua/files/docs/513_ru_pomojem_russ_2.pdf (abgerufen im Dezember 2018).

134

Ekaterina Stepanova „Gumanitarnaja rol' Rossii v konfliktach na Donbasse iv Sirii“ [Russlands humanitäre Rolle in den Konflikten in Donbass und in Syrien], in idem., Hrsg., *Gumanitarnyje vyzovy, gumanitarnoe reagirovanie i zashchita grazhdanskogo naselenija v vooruzhennykh konfliktach* [Humanitarian Herausforderungen, humanitäre Hilfe und Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten] (Moskau: IMEMO, 2018), 129–82.

135

Katastrophenschutzministerium der Russischen Föderation „ Dostavka gumanitarnoj pomoshchi dlja otdelnykh rajonov Doneckoj i Luganskoj oblastej Ukrainy“ [Lieferungen humanitärer Hilfe für bestimmte Bereiche der Donetsk und Luhansk Regionen], http://www.mchs.gov.ru/dop/Grazhdanam_Ukraini_i_licam_bez_grazhd (Zugriff Dezember 2018).

136

Stepanova, Hrsg., *Gumanitarnaja rol'* (siehe Anmerkung 134), 148.

137

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben seit 2014 mehr als 677 Mio. EUR für humanitäre Hilfe und Wiederaufbau bereitgestellt und zählen damit zu den größten humanitären Gebern. Europäische Katastrophenschutz- und humanitäre Hilfe-Operationen, *Factsheet*

Ukraine (21. Juni 2018), http://ec.europa.eu/echo/where/europe/ukraine_de (abgerufen im November 2018).

138

Interview mit UN OCHA Kramatorsk, März 2018.

139

Interviews mit Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher humanitärer Organisationen in Kiew, Kramatorsk und Sloviansk, März 2018. UN-OCHA, *Ukraine Humanitarian Needs Overview 2018* (siehe Anmerkung 104), 11.

140

Siehe Alexander Libman, *Russland, Ukraine und Türkei im Geflecht der Sanktionen: Warum Moskaus und Kiews* , SWP-Aktuell 2/2016 (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2016).

141

"Rada stimmt gegen ukrainisch-russisches Freundschaftsabkommen", *Kyiv Post* , 6. Dezember 2018

142

Regina Elsner, *Unabhängige Kirche in der Ukraine: Friedensgarant oder Kriegstreiber?* ZOiS Spotlight 31/2018 (Berlin: ZOiS, 19. September 2018).

143

Sabine Fischer, *Dauerhafte Sanktionen? Vorschlag für eine flexiblere EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland* , SWP Comment 11/2017 (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2017).

144

Weitere Einzelheiten siehe Fischer, „Schlussfolgerungen und Empfehlungen“ (siehe Anmerkung 103), 81–93 (81–83).

145

Siehe Susan Stewart, *Nur neue Sanktionen können Russland in der Schwarzmeerregion aufhalten* , SWP Kurz gesagt (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 20. Dezember 2018).

Alle Rechte vorbehalten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2019

SWP Research Papers werden von hochrangigen Forschern und der Geschäftsleitung des Instituts begutachtet. Sie unterliegen auch der Überprüfung von Fakten und der Bearbeitung von Texten. Weitere Informationen zu unseren Qualitätskontrollverfahren finden Sie auf der SWP-Website: <https://www.swp-berlin.org/en/about-swp/qualitätsmanagement-für-swp-publicationen/> .

SWP Research Papers spiegeln die Ansichten der Autoren wider.

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik

Deutsches Institut für Internationales und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4

10719 Berlin

Deutschland

Telefon +49 30 880 07-0

Fax +49 30 880 07-200

www.swp-berlin.org

swp@swp-berlin.org

ISSN 1863-1053

doi: 10.18449 / 2019RP05

Übersetzung von Meredith Dale

(Überarbeitete und aktualisierte englische Version der [SWP-Studie 3/2019](#))

